Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 30 $\mathcal{A}$
für Versammlungsanzeigen 10 $\mathcal{A}$ pro Zeile.

Der Wert der Arbeitszeit.

Mit nichts gehen die Menschen verschwenderischer um als mit der Zeit, denn nichts scheinen sie in größerem Ueberfluß zu haben als — Zeit. Zeit, das ist ja nichts, denkt jeder, der in der Zeit nur einen leeren Begriff erblickt, von dem er sich weiter keine Vorstellung machen kann. Mögen sich die Philosophen darüber streiten, was darunter zu verstehen ist. Für uns Arbeiter genügt es, zu wissen, daß die Zeit die Aufeinanderfolge aller Veränderungen im Weltall ist, die wie dieses unermesslich, dennoch aber aus praktischen Gründen an gewissen künstlichen Veränderungen gemessen wird, um unser Dasein leichter regulieren zu können. Die Zeit ist also in gewissem Sinne das Leben selbst, nicht bloß das des einzelnen, sondern der Gesamtheit, des Weltalls.

Trotz der ungeheuren Bedeutung, die in dieser Tatsache liegt, gehen gerade wir Arbeiter mit diesem so kostbaren, unschätzbaren Element des Lebens — in Wirklichkeit mit dem Leben, und zwar mit unserm eigenen Leben — höchst unwirtschaftlich, ja verschwenderisch um. Wir sparen mit unserer Zeit nicht, das heißt, wir sparen nicht mit der Zeit, die uns zur Verfügung steht; und über eine andere Zeit, nämlich über die Zeit anderer Leute, verfügen wir nicht — im Gegensatz zu den Glücklichen aus den besitzenden Klassen, die die Zeit der Arbeiter für sich in Anspruch nehmen und die gleichsam ihrer eigenen Zeit noch fremde Zeit anfügen, um so mit der Zeit der andern ihre eigene, also mit dem Leben anderer ihr eigenes zu verlängern. Leben ist Arbeit und Genuß; ohne sie kein Leben. Das gilt für alle Menschen, nur daß die besitzenden Klassen, die den Genuß höher stellen als die Arbeit, die letztere von den Proletariern besorgen lassen, um so die doppelte Zeit für den Genuß zu gewinnen. Täten sie das nicht, vielmehr: könnten sie es nicht, hätten sie auch nicht soviel Zeit zum Genießen. Die besitzenden Klassen wissen eben ganz genau, was sie tun, wenn sie die Zeit der Arbeiter kaufen, indem sie sie zwingen, ihre Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen, die die Arbeiter anders nicht verwerten können, weil die besitzenden Klassen über die Arbeitsmittel, ausgenommen die menschliche „Arbeitskraft“, verfügen. Die wird also gemietet, damit aber auch das Arbeitsprodukt, wobei der Kaufpreis dem letzteren durchaus nicht entspricht, da sich die besitzenden Klassen mehr aneignen, als sie bezahlen, weil der Arbeiter so unworfsichtig ist, seine ganze Zeit für einen Pappenspiel wegzuverwerfen, ohne zu bedenken, daß er damit auch Arbeitskraft, Arbeitswert, ja das Leben wegwirft und daß Zeit — Geld ist. „In der kapitalistischen Gesellschaft wird freie Zeit für eine Klasse produziert durch Verwandlung aller Lebenszeit der Massen und Arbeitszeit“, sagt Karl Marx in seinem unsterblichen Werke „Das Kapital“,* und so ist es auch: die freie Zeit der Kapitalisten wird nur gewonnen durch die Eskamotage (das Verschwindenmachen, das Anzueignen) der freien Zeit der Arbeiter.

Schon aus den bisherigen Ausführungen ergibt sich, daß die Zeit für den Arbeiter einen kaum zu überschätzenden Wert besitzt und daß sie von den Kapitalisten mit Recht und Grund weitaus höher bewertet wird, als vom Arbeiter. Noch klarer wird dies, wenn wir die Rolle betrachten, die die Zeit im Arbeitsprozeß spielt. Diese Rolle ergibt sich daraus, daß die Zeit bekanntlich zur Messung der Arbeitsleistung benutzt wird. Zwar hört man nicht selten den Einwand, daß die zur Herstellung eines Produkts notwendige Arbeitszeit abhängig ist von der Fähigkeit des Arbeiters; aber das ist nur im einzelnen, nicht im allgemeinen richtig. Marx weist den Einwand zurück, indem er klarlegt, daß die Arbeit, welche die Substanz der Werte bildet, gleiche menschliche Arbeit ist, Vorausgabung derselben menschlichen Arbeitskraft. Nämlich: „Die gesamte Arbeitskraft der Gesellschaft, die sich in den Werten der Waren darstellt, gilt hier als eine und dieselbe menschliche

Arbeitskraft, obgleich sie aus zahllosen individuellen Arbeitskräften besteht. Jede dieser individuellen Arbeitskräfte ist dieselbe menschliche Arbeitskraft wie die andere, soweit sie den Charakter einer gesellschaftlichen Durchschnittsarbeitskraft besitzt und als solche gesellschaftliche Durchschnittsarbeitskraft wirkt, also in der Produktion einer Ware auch nur die im Durchschnitt notwendige oder gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit braucht.“

Die Menge der gesellschaftlich jeweilig notwendigen Arbeitszeit ist also das Maß aller Werte, aller Arbeitswerte. Die Erzeugerin der letzteren ist aber die menschliche Arbeitskraft, die in der kapitalistischen Gesellschaft eine Ware ist, eine Ware allerdings von besonderer Eigenart. Erstens deshalb, weil sie von ihrem Besitzer nicht losgelöst werden kann, sondern mit ihm unzertrennlich verbunden ist; zweitens deshalb, weil sie für ihren Besitzer keinen Gebrauchswert hat, wenn er sie nicht zur Erzeugung anderer Gebrauchswerte benutzen kann. Und was das wichtigste ist: Die Arbeitskraft ist eine Ware, deren Wert nicht mit dem Gebrauche erlischt, die also nicht wie die Kohle durch ihren Verbrauch als Feuerungsmaterial ihren Wert verliert, sondern neue Werte erzeugt, welche größer sind als ihr Gebrauchswert war. Neue Werte oder — Mehrwert, und damit das Kapital. Insofern die neuen Werte den Wert der Arbeitskraft übersteigen, ist Mehrwert gebildet worden. „Der Wert der Arbeitskraft (Tauschwert) und ihre Verwertung im Arbeitsprozeß sind zwei verschiedene Größen. Diese Wertdifferenz hatte der Kapitalist im Auge, als er die Arbeitskraft kaufte.“ (Marx: „Kapital“, Seite 156.) Das Wertprodukt der Tagesarbeit ist nämlich von einer gewissen Stufe der menschlichen Produktivität ab größer als der Tageswert der Arbeitskraft. Der Wert der Arbeitskraft wird aber, gleich dem jeder andern Ware, bestimmt durch die zur Erzeugung derselben notwendige Arbeitszeit, also durch die Kosten des Lebensunterhalts, die in dieser Zeit aufgebracht werden können. Würde nun der Arbeitsprozeß, die Betätigung der Arbeitskraft, nur solange dauern als notwendig ist, um die für den Arbeiter erforderliche Menge Lebensmittel oder den Wert derselben zu erzeugen, so hätte der Kapitalist, welcher die Produktionsmittel besitzt, keinen Vorteil. Um einen solchen zu erlangen, um Mehrwert zu erzielen, verlängert er daher den Arbeitsprozeß über den Punkt hinaus, wo bloß ein gleicher Wert für den Wert der Arbeitskraft erzeugt wird. Der Kapitalist verlängert den Arbeitstag.

Der Arbeitstag des Arbeiters besteht demnach aus zwei Teilen: im ersten Teile arbeitet der Arbeiter für sich, das heißt für die Aufbringung der zu seiner Existenz unentbehrlichen Lebensmittel, im andern Teile arbeitet er für den Kapitalisten, indem er ihm den Mehrwert schafft. Die Summe der notwendigen Arbeit und der Mehrarbeit, der Zeitabschnitt also, worin der Arbeiter den Ersatzwert seiner Arbeitskraft und den Mehrwert produziert, bildet die absolute Größe seiner Arbeitszeit — den Arbeitstag.“ (Marx: „Kapital“, Seite 191.) Der Kapitalist hat darum das Bestreben, den Arbeitstag des Arbeiters solange als möglich auszudehnen, da hierdurch der vom Arbeiter erzeugte Mehrwert um so größer wird. Der Arbeiter hingegen muß danach streben, den Arbeitstag zu kürzen, um seine Arbeitskraft zu schonen. Des Kapitalisten ganzes Sinnen und Trachten geht dahin, sich die Arbeit des Arbeiters während der ganzen Arbeitszeit anzueignen, das heißt die Arbeitszeit zu verlängern. Für den Kapitalisten zählt der Arbeitstag volle 24 Stunden nach Abzug der wenigen Ruhestunden, ohne welche die Arbeitskraft ihren erneuten Dienst absolut versagt. Seinen ganzen Lebenstag hindurch soll der Arbeiter für den Kapitalisten nichts sein als Arbeitskraft, und alle nur irgendwie mögliche Arbeitszeit soll dem Kapitalisten gehören. „Zeit zu menschlicher Bildung, zu geistiger Entwicklung, zur Erfüllung sozialer Funktionen, zu geselligem Verkehr, zum freien Spiel der physischen und geistigen Lebenskräfte, selbst die Feiertage des Sonntags und wäre es im Lande

der Sabbatheiligen (England) — reiner Firtelanz.“ (Marx: „Kapital“, S. 227.) Das Kapital ist gleichgültig dagegen, ob dem Arbeiter die genügende Zeit zum Schlaf, zur Erholung, zur Ernährung übrigbleibt; es fragt nicht, wie lange der Arbeiter bei Ueberanstrengung seiner Arbeitskraft leben kann. Es fragt nicht nach der Lebensdauer der Arbeitskraft. Was es interessiert, ist einzig und allein das Maximum von Arbeitskraft, das in einem Tage flüssig gemacht werden kann. Es erreicht dies Ziel durch Verkürzung der Dauer der Arbeitskraft und diese Verkürzung — durch Verlängerung der Arbeitszeit; mit einem Worte, es treibt Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft, wie der habgierige Landmann, der den Bodenertrag steigert, bis der Boden erschöpft und unfruchtbar ist.

Das änderte sich auch nicht, als durch die Erfindungen der Maschinenteknik der Arbeitsprozeß vervollkommen wurde und die Arbeitsleistung des Arbeiters stieg; auch der so erhöhte Mehrwert fiel dem Kapitalisten zu. Eine Verkürzung der Arbeitszeit trat nicht ein, etwas abgekürzt wurde nur der Teil des Arbeitstages, an dem der Arbeiter für sich arbeitet, während dafür der andere Teil des Tages, der dem Kapitalisten gehörte, verlängert wurde. Denn der Kapitalist verwendet die Maschine nicht dazu, um die Mühe des Arbeiters zu erleichtern, sondern dazu, um an den Produktionskosten zu sparen und den Profit zu vermehren. In der kapitalistischen Gesellschaft ist die Maschine nur ein Mittel zur Produktion von Mehrwert. Gerade die Maschine wurde von den Kapitalisten zur Verlängerung des Arbeitstages mißbraucht, und dieser Mißbrauch löste dann bei den Arbeitern die Gegenwirkung aus und führte zum gesetzlich beschränkten Normalarbeitstag, der das Maximum von Arbeitszeit darstellt, während welcher die Arbeiter vom Kapitalisten ausgebeutet werden dürfen. Damit ist aber der große Wert der Zeit, speziell der Arbeitszeit, vom Staate — dem Klassenstaate! — anerkannt. Allerdings erst grundsätzlich. Denn die meisten Staaten begnügen sich damit, eine Maximalarbeitszeit für bestimmte Kategorien von Arbeitern gesetzlich festzulegen, die viel zu lang ist und den angestrebten Zweck: den Schutz des Arbeiters vor Ausbeutung und Mißbrauch seiner Arbeitskraft, gar nicht erreichen läßt. Es sind Rahmen-gesetze ohne Inhalt, den die Exekutivgewalt des Klassenstaates beizustellen sich weigert, weil es ja die Exekutivgewalt der Kapitalistenklasse ist. Diese aber weiß den kolossalen Wert der Arbeitszeit — der Arbeiter versteht sich — sehr zu würdigen und ist immer wieder aufs neue bestrebt, sich ihn anzueignen. Sie bietet deshalb alles auf, um die Anstrengungen der Arbeiterschaft, die sich naturgemäß gegen die Ausbeutung, eventuell ohne die Hilfe des Staates, schützen will, zunichte zu machen. Der Kampf der Scharfmacher gegen das Koalitionsrecht — warum führen sie ihn? Nun, nur deshalb, weil sie, nachdem sie den Staat gehindert, auch die Arbeiter darin hindern wollen, den Arbeitstag zu kürzen. Leider begreifen es noch viele Arbeiter nicht — das ist der Unverstand der Massen! — welchen ungeheuren Wert die Zeit, und gerade die Arbeitszeit, für sie hat. Und doch ist es so: Des Arbeitstages Kürze ist leicht des Lebens Würze, wenn der Arbeiter es versteht, die gewonnene freie Zeit zu seiner eigenen Veredelung zu benutzen. K.

Polternde Greise.

Th. Berlin, 1. Juni.

Fünf Tage lang waren die „edlen und erlauchten Herren“, wie die offizielle Anrede an die Mitglieder des Preussischen Herrenhauses lautet, in der Woche vor Pfingsten versammelt. Und fünf Tage lang haben sie gegen Demokratie und Sozialdemokratie gewettert. Es lag Methode darin. Durch die tägliche Wiederholung ihrer giftigen Poltereien wollten sie Eindruck machen, Eindruck auf das Volk, auf die Regierung und auf ihren König. Die Edlen und Erlauchten werden bekanntlich nicht gewählt; sie verdanken vielmehr ihr Mandat einer Berufung „durch könig-

* Volksausgabe 1914, Seite 467.

liche Gnade" oder „aus allerhöchstem Vertrauen" oder ihrer Stellung als Oberbürgermeister von Großstädten, als Vertreter von Stiften, als Repräsentanten der Provinzialverbände der Grafen, als Vertreter adeliger Familienverbände oder des „befestigten", das heißt fideikommissarisch gebundenen Großgrundbesitzes usw. Alles in allem eine recht bunt zusammengewürfelte Gesellschaft. Aber feudal, höchst feudal bis in die Bühneraugen. Nur ein kleiner Teil ist es, der sich nicht Graf, Baron oder Freiherr nennen kann. Doch auch die Vertreter des bürgerlichen Plebes, also die Oberbürgermeister, bis auf verschwindende Ausnahmen gutgefunten nach hochfeudalem Geschmacke.

Jeder dieser Junker bildet in seiner Heimat für meilenweite Runde die Sonne. Wenigstens bildet er sich ein, das zu sein. Weil vor Jahrhunderten ihre Vorfahren es verstanden haben, größere Landflächen an sich zu reißen, die Bauern unter ihre Fuchtel zu drücken oder als wege-lagernde Raubritter den städtischen Kaufleuten wertvolle Warenzüge wegzustehlen, und weil bisher nicht das Volk die Kraft erlangt hat, ihnen den Raub wieder abzutreiben, fühlten sie sich als rechtliche Besitzer und betrachteten das geraubte Gut als ehrlich erworbenes und ererbtes Eigentum. Das „historische Recht" deckt nach ihrer Auffassung alle von ihren Vorfahren begangene Schandtaten zu.

Man kann ihnen das nicht weiter verübeln. Aber viel schwerer zu begreifen ist, daß die Nachfolger derselben Bauern und Arbeiter, die einst von diesen Junkern geraubt und jahrhundertlang als Leibeigene geknüttet worden sind, heute in stummer Ehrfurcht zu den „gnädigen Herren" aufschauen und in ihnen die Vertreter ihrer Interessen erblicken. Nicht alle Bauern und Arbeiter tun das. Immerhin beugen sich jedoch noch so viele vor ihrem Baron, Freiherrn oder Grafen in den Staub, daß dieselben mit einem Schemer des Rechtes als allmächtige Herren sich fühlen und aufspielen dürfen.

Am ersten Sitzungstage, es war der Montag vor Pfingsten, hatten die Herren über einige von der Regierung für unerlässlich gehaltene Änderungen des Fideikommissgesetzes zu beschließen. Justizminister Weseler und Landwirtschaftsminister v. Schorlemer bemühten sich nach Kräften, die Edlen und Erlauchten für die Regierungsvorschläge, die an sich schon weder hinten noch vorn gewinnen, zu gewinnen. Sie ließen auch wichtige „nationale" Interessen aufmarschieren. Aber den Herrenhäusern fiel es nicht ein, sich bewegen zu lassen. Sie lehnten alle „demokratischen" Neuerungen ab, damit ihre persönlichen Vorrechte und die Herrschaft ihrer Kaste nicht die geringste Einschränkung erfuhr. Nationale Interessen hin, nationale Interessen her. Wo es sich um ihren Beutelvorteil handelt, ist nur dieser für sie maßgebend. Sie hielten an den von ihrer Kommission vorgenommenen Verschlechterungen des Gesetzes fest. Natürlich nicht, weil sie und ihre Sippen Vorteile davon hatten, sondern lediglich, weil sie dem „demokratischen Geiste unserer Zeit" keine Rechnung tragen dürften.

Am zweiten Tage gab die Nordmarkenfrage den Edlen und Erlauchten Anlaß, ihrer Unzufriedenheit mit ihren Handlungsgehilfen, pardon: mit den preussischen Ministern Ausdruck zu geben. Alles, was in den letzten Monaten an brutalen, lächerlichen oder schabigen Gewaltstreichen gegen Dänen oder dänische Deutsche verübt worden ist, genügte den Herren bei weitem nicht. Graf v. Rantzau forderte ein schneidigeres Verhalten, und Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein, der Bruder der Kaiserin, rief pathetisch aus: „Ewig wird Schleswig-Holstein preussisch bleiben; denn viel Blut deutscher Söhne hat diese Gefilde gedüngt!" Das ist schon richtig. Aber vielleicht erinnert sich Ernst Günther auch daran, wer die Schuld trug, daß die Provinz erst an Dänemark verloren gehen konnte. Und außerdem heißt es wirklich, mit der Nordsee ein Streichhölzchen löschen zu wollen, wenn man betont, das Land werde nicht mehr an Dänemark fallen dürfen. Daran denkt kein Mensch, Dänemark am allerwenigsten. Ob freilich Schleswig-Holstein „ewig preussisch" bleiben wird, ist eine andere Frage. Es gibt nämlich, wie dem Herzog Ernst Günther verraten sein mag, Umstürzler, die da meinen, die naturgemäße Entwicklung werde dahin führen, daß es eines Tages weder ein Preußen, noch ein Bayern, Sachsen oder einen andern selbständigen deutschen Bundesstaat, sondern nur noch ein einheitliches Deutschland geben wird, zu dem dann auch Schleswig-Holstein gehört. Dieser Gedanke geht möglicherweise nicht in den Kopf Sr. Hoheit des Herzogs Ernst Günther; trotzdem wird er Tatsache werden. Darauf darf er sich schon verlassen. — Die Edlen und Erlauchten hatten die Freude, ihren Ministerpräsidenten v. Bethmann-Hollweg in ihrer Mitte zu sehen und aus seinem Munde zu hören, der dänischen Agitation werde mit allen Kräften entgegengearbeitet werden. Im Reichstag hat sich Bethmann seit Monaten nicht mehr sehen lassen. Der Tod seiner Frau gab ihm die Ausrede in die Hand, daß er nicht einmal seinen eigenen Stab vertrat. Aber wenn im Herrenhause das Dänengespenst an die Wand gemalt wird, ein Gespenst übrigens, das nur der kreuzdummen Regierungspolitik sein schemenhaftes Dasein verdankt, da hält

es der Herr v. Bethmann für so wichtig, daß er persönlich erscheint und eine längere Rede hält.

War an den ersten beiden Verhandlungstagen die Sozialdemokratie noch nicht die offene Zielscheibe herrenhäuslerischer Entrüstung, so war das um so offener an den andern drei Tagen der Fall. Da haben sie sich eine Güte getan. Der neue Polizeiminister v. Ebell dürfte den Dank der Hochgeborenen dafür einheimen, daß er jede Reform der Dreiklassenschande brüst abgelehnt hatte. Das „Ideal", für welches Ebell nach seinen Worten kämpfte und um dessen willen er auch jede Wahlreform verneinte, ist auch das Ideal der Edlen und Erlauchten, nämlich der Kampf für die Geldschranke der Besitzenden, für Brot- und Fleischwucher, für die Klassenvorrechte der Feudalen und Industriellen. Einer nach dem andern sagte sein Sprüchlein auf. Ein Freiherr v. Nitzhosen feierte den Kriegsminister v. Falkenhayn, daß er gegenüber dem sozialdemokratischen Ansturm „kein Titelchen von der Kommandogewalt des Kaisers" im Reichstage habe abhandeln lassen. Ein Herr v. Bissing schrie nach Unterdrückung der Arbeiterjugend. Ein Herr v. Buch legte nach Ausnahmegesetzen gegen Sozialdemokratie und Gewerkschaften und jammerte, aus den Parlamenten rutsche der Einfluß in die Massen. Einer nach dem andern trat hervor; jeder beteuerte, daß er aus wahrhaftiger Vaterlandsliebe die Vernichtung der Sozialdemokratie um jeden Preis fordern müsse. Und als die Sitzung geschlossen war, wußten sie, daß sie ein löbliches Werk verrichtet hatten.

Am nächsten Tage kam es noch besser. Einer derer v. Puttkamer, ein Mann mit schneeweißem Barte und Haupthaar, hielt eine Brandrede, so angefüllt von Haß und Uebermut gegen die Arbeiter, so gespickt mit ordinärer Gesinnung, sozialem Unverstand und frecher Ueberhebung, daß sie selbst bei einem Gliede seiner Sippe auffallen mußte. Der Minister, der die Hand dazu böte, in Preußen das Reichstagswahlrecht einzuführen, müsse nach einem Worte Mantelkesseln „an die nächste Laterne gehängt" werden. Ein Lichtblick in dieser schrecklichen Zeit sei die Verurteilung „der russisch-polnischen Jüdin Rosa Luxemburg". „Uns fehlt ein Bismarck, der den Mut zu einem Sozialistengesetz hatte. Vor lauter Ueberlegen kommen wir zu keinem Entschluß! Mit voller Macht müssen wir der drohenden Revolution entgegenreten" usw. usw.

Am fünften und letzten Tage vervollständigte Graf Nord zu Wartenburg den hochfeudalen Aufmarsch gegen die Arbeiterpartei. Allen Ernstes forderte er strafrechtliches Vorgehen gegen die 111 Majestätsbeleidiger im Reichstage. Der Justizminister mußte ihm leider mitteilen, er habe zwar mit dem Staatsanwalt die Sache erwogen, doch werde von einem Einschreiten Abstand genommen, da die Gerichte wahrscheinlich zu einer Freisprechung gelangen würden. Da ist Herr Weseler wohl nicht ganz offen gewesen. An der zu erwartenden Freisprechung liegt es wohl weniger. Ein deutsches Landgericht, das eine Verurteilung ausspräche, würde sich wohl un schwer finden lassen. Aber den Herren graut vor der heillosen Blamage, der sich Deutschland vor der ganzen Welt, eingeschlossen der Botokuden, aussetzen würde, eine Blamage, die selbst das dickste eckpreussische Fell durchdringen müßte.

Der Vorstoß der Edlen und Erlauchten war gut und ernst gemeint. Die Arbeiter quittieren dankend darüber. Neu war nichts daran, hübsch auch nicht, aber die Angstschreie kommen ihnen aus tiefster Seele. Die Klassenbewußten Arbeiter geloben, daß sie alles aufbieten werden, den Haß und die Furcht — letztere leuchtet trotz aller junkerlichen Großmäuligkeit aus jedem Saße — noch weiter zu steigern. Der Pfingstgruß, den das preussische Herrenhaus dieser Tage dem Proletariat geboten hat, soll nicht unerwidert bleiben. Und die Herren sollen an der Antwort ihre Freude haben.

Die städtische Arbeitslosenversicherung in Zürich vom Großen Stadtrat einstimmig angenommen.

Es ist ein sehr interessanter Vorgang, daß fast unmittelbar auf die nahezu einstimmige Ablehnung der staatlichen Unterstützung der Arbeitslosenversicherung mit 75 000 Franken jährlich durch die bayerische Reichsratskammer der Große Stadtrat von Zürich, das mit seinen 200 000 Einwohnern die größte Stadt der Schweiz ist, einstimmig die Einführung der Arbeitslosenversicherung beschlossen hat, nachdem sich auch die dreizehngliedrige Kommission des städtischen Parlaments einstimmig dafür erklärt hatte. Und interessant ist ferner dabei auch, daß einer der Führer des ruppigen schweizerischen Baumeisterverbandes, Baumeister Krud, als Kommissionsreferent einen recht gründlichen, alle Seiten der Arbeitslosenversicherung erfassenden objektiven Bericht in der Sitzung des Großen Stadtrates vom 23. Mai erstattete und recht warm für die Annahme der Vorlage eintrat.

Krud konstatierte, daß die Macht der Verhältnisse in den Industrieländern, besonders in den Städten, die Gesellschaft gezwungen hat, in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges und der Saisonarbeitslosigkeit Tausende von unverschuldeten Arbeitslosen zu unterstützen. Mit statistischem Material zeigte er den Umfang der Arbeitslosigkeit in verschiedenen Ländern und zu verschiedenen Zeiten, die ein schweres Gebrechen der Gesellschaft ist, das

in seinen Folgen zu mildern ihre Pflicht ist, wobei es sich aber nicht um Armenfürsorge handeln kann. Da die Arbeitslosigkeit hauptsächlich in den Großstädten auftritt, so ist es besonders deren Aufgabe, aber auch des Staates, helfend einzugreifen. Der Referent erörterte sodann die kommunalen Arbeitsnachweise und die Notstandsarbeiten sowie die Arbeitslosenunterstützung. Das einzige, wirklich zweckmäßige Mittel ist die Arbeitslosenversicherung, die die Gewerkschaften einführen, aber auch verschiedene Gemeinden in der Schweiz und im Ausland, ebenso Staaten, namentlich England. Dabei bezeichnete Herr Krud als die beste Lösung die Zwangsversicherung, die indes nur schrittweise erreicht werden kann, so daß man erst die fakultativen einführen muß. Bei der Besprechung der Vorlage selbst wandte sich der Referent insbesondere gegen die Einwände, die im Genter System eine Förderung der Gewerkschaften erbilden und es deshalb ablehnen. Der Referent erklärte diesen Standpunkt für unbedeutend, namentlich auch deshalb, weil die Gewerkschaften neben ihrem Kampfescharakter eine erhebliche kulturelle Bedeutung besitzen. „Und in dieser Mission kräftigen wir die Gewerkschaften, wenn wir sie fördern in der Aufgabe, ihren arbeitslosen Mitgliedern über die Zeiten der Not hinwegzuhelfen. Die Kommission überzeugte sich anlässlich eines Besuchs bei verschiedenen Gewerkschaftssekretariaten, daß die gefestigten Gewerkschaften in ihrer Arbeitslosenversicherung eine musterhafte Ordnung halten." Diese Worte aus dem Munde eines Unternehmerführers sind beachtenswert und man darf sie wohl als einen Beweis dafür ansehen, daß Herr Krud bei seiner eingehenden Beschäftigung mit dem Arbeitslosenproblem etwas gelernt, soziales Verständnis erworben hat.

An der Vorlage des Kleinen Stadtrates, die wir seinerzeit in diesem Blatte besprochen haben (Nr. 49 des „Zimmerer", Jahrgang 1913), hat die Kommission keine grundsätzlichen Änderungen vorgenommen. Es bleibt also bei der Einführung des Genter Systems in Form der städtischen Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung und der Errichtung einer eigenen fakultativen städtischen Arbeitslosenversicherung für unorganisierte oder nicht organisierte Arbeiter, die keine Arbeitslosenunterstützung erhalten. Unterstützt werden nur wirklich unverschuldete Arbeitslose, also keine streikenden oder aus-gesparten Arbeiter usw. Der städtische Zuschuß an die Gewerkschaften kann bis zu 100 pSt. ihrer Leistung betragen, im Maximum aber nicht mehr als 2 Fr. täglich. Dafür müssen sich die Gewerkschaften die städtische Kontrolle ihrer Arbeitslosenkasse gefallen lassen. Ausbezahlt werden die städtischen Zuschüsse an die Gewerkschaften alle Vierteljahr. Für die städtische Arbeitslosenversicherung sind Lohnklassen und entsprechend abgestufte Arbeitslosenunterstützung vorgesehen. Dem unterstützten arbeitslosen Mitglied darf nicht zugemutet werden, in Betrieben, die die ortsüblichen Arbeitsbedingungen nicht innehalten oder in denen Streik, Sperre oder Aussperrung anhängig ist, Arbeit zu nehmen. Die Stadt übernimmt die Errichtungs- und Verwaltungskosten der Arbeitslosenversicherung und deckt auch ein allfälliges Defizit. Diese Ausgaben werden auf insgesamt 40 000 Fr. jährlich berechnet, eine Summe, die die Stadt Zürich bisher schon jedes Jahr — zum Teil etwas weniger, andernteils auch mehr — für Arbeitslosenunterstützung in anderer Form (in Naturalien, Bezahlung der Wohnraumkosten für Arbeitslose usw.) ausgegeben hat. Später mag sie vielleicht etwas steigen und darum wollte ein bürgerlicher Redner ein Maximum von 80 000 Fr. festgesetzt wissen, das jedoch abgelehnt wurde.

Schließlich fand die ganze Vorlage, mit ihren 36 Artikeln in einer Stunde erledigt, einstimmige Annahme; es stimmten also auch die ärgsten Reaktionen und Arbeiterfeinde, die im Parlament der Stadt Zürich ebenso wie in andern Parlamenten vertreten sind, dafür. Wie die gesamte Vorlage in der Hauptsache nach dem Vorbild der Baseler Arbeitslosenversicherung gestaltet ist, so wurde auch in Zürich wie seinerzeit in Basel beschlossen, daß der Stadtrat nach dreijährigem Bestehen der neuen Einrichtung dem Großen Stadtrat darüber berichten soll, ob eine Revision der Verordnung notwendig sei oder nicht. In Basel erwies sich die vorgesehene eventuelle Revision als nicht notwendig.

Nun folgt über die Verordnung noch die Volksabstimmung der Stimmberechtigten der Stadt Zürich, die am 19. Juli stattfinden soll. Da alle Parteien einig sind, ist an der Annahme der Versicherungsvorlage in der Volksabstimmung nicht zu zweifeln. Und dann soll die Verordnung bereits am 1. August 1914 in Kraft treten.

Der Fall zeigt einmal, wie rasch eine gute Sache erledigt werden kann, wenn auf allen Seiten der gute Wille dazu vorhanden ist. Der Kleine Stadtrat ließ die Vorlage anfangs November 1913 dem Großen Stadtrat zu gehen und jetzt, nach kaum sieben Monaten, ist sie schon parlamentarisch erledigt.

Die Stadt Zürich wird mit der Arbeitslosenversicherung eine neue wertvolle Bereicherung ihrer sozialen Einrichtungen erhalten und damit auch andern Städten des In- und Auslandes die Anregung zur Nachahmung des guten Vorbildes geben.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralverbandes.

Tarifvertragsdurchsicht und -Genehmigung am 26. und 27. Mai 1914.

Zur Genehmigung lagen diesmal 55 Verträge vor. Davon wurden 20 genehmigt und 35 beanstandet.

Von den genehmigten Verträgen entfallen auf:

Bauarbeiter und Zimmerer	6
Bauarbeiter und Christen	1
Bauarbeiter	12
Zimmerer	1

Der Zentralverband der Zimmerer ist an folgenden genehmigten Verträgen beteiligt: Frankenberg-Flöha-Deberan,

Graudenz, Hohenstein-Ernstthal, Jlimenau, Meiningen, Weimar und Witten a. d. Ucker.

Vom Vertreter des Zimmererverbandes wurden folgende Verträge nicht genehmigt: Angermünde, Danziger Höhe, Danziger Niederung, Erlangen, Forchheim, Frankfurt a. d. O., Landsberg a. d. W., Lahn i. Schl., Penig, Pforzheim, Reichelsdorf, Daffow, Gadebusch, Gnoien, Grabow, Klitz, Lüththeen, Lütz, Malchin, Malchow, Marlow, Mirow, Neubrandenburg, Neubukow, Neukalen, Neukloster, Penzlin, Rehna, Köbel, Stavenhagen, Sülze, Waren, Wefenberg und Woldegk.

Diesen Verträgen wurde deshalb die Genehmigung verweigert, weil sie im § 4 nicht den Vermerk enthalten: „Für Einschaltungsarbeiten bei Beton- und Eisenbetonbauten ist der Zimmererlohn zu zahlen.“ Außerdem wurde der Vertrag für Erlangen noch deshalb beanstandet, weil im § 4 der Satz: „daß der für Zimmergesellen hier eingeführte Lohn für alle Zimmerarbeiten zu zahlen ist“ gestrichen ist.

Für den Zentralverband der Zimmerer sind nunmehr 214 Verträge definitiv zum Abschluß gebracht.

Feststellung der zum Militär eingezogenen Verbandsmitglieder.

Für die Zahlstellentaxierer liegt dieser „Zimmerer“-Sendung ein Fragebogen bei zur Ermittlung der Zahl der wegen Ableistung des aktiven Militärdienstes ausgetretenen beziehungsweise abgemeldeten Verbandsmitglieder. Diese Fragebögen müssen schnellstens beantwortet und zurückgeschickt werden, weil das Ergebnis dieser Umfrage dem Ende dieses Monats tagenden Gewerkschaftskongress unterbreitet werden soll. Wir bitten daher, diese Fragebögen unverzüglich an die Zahlstellentaxierer abzugeben.

Beitragsleistung.

Am Sonnabend, 6. Juni, ist die 14. Beitragsmarke fällig.
13. " " " 15. " " "
20. " " " 16. " " "
27. " " " 17. " " "

Arbeitsgelegenheit.

Im Zahlstellengebiet Duisburg ist noch für zirka 20 Kameraden Arbeitsgelegenheit vorhanden. Der Lohn beträgt 63 $\frac{1}{2}$ bei zehnstündiger Arbeitszeit. Melben können sich die Kameraden im Zahlstellenbureau in Duisburg, Friedrich-Wilhelm-Strasse 112.

Der Zentralverband.

Quittung.

In der Zeit vom 1. bis 30. Mai gingen folgende Beiträge beim Unterzeichnen für die Zentralkasse ein: Aus Ahrensburg M. 147,75, Alfeld 71,72, Arns 16,50, Bargeheide 48,35, Barmen-Eberfeld 485,80, Bauhen 300, Bergedorf 300, Bergen a. N. 84,85, Berlin 800,25, Bernburg 200, Bielefeld 450, Volkshain 120, Bonn 332,25, Braze 58,20, Bramiche 46,28, Braunschweig 700, Bremen 3700, Breslau 550, Buchow 5,60, Bürgel 29,10, Burgstädt 180, Cammer 84,40, Canth 16,34, Cassel 2,40, Celle 200, Chemnitz 2000, Cöln 1950, Cöthen 100, Dahme 65,75, Danzig 6, Deckenbach 32,45, Delitzsch 400, Delmenhorst 745,25, Deutsch-Eylau 45,10, Diedenhofen 37, Domschau 25,55, Dortmund 1000, Dresden 900, Duisburg 1200, Eiche 39,65, Eilenburg 500, Eisenberg 100, Elrich 23,40, Elmshorn 200, Erfurt 501,20, Effen 250, Feldberg 60,45, Flatow 58,50, Flottbek 250, Frankenberg i. S. 300, Frankenthal 150, Frankfurt a. M. 500, Freising 67,90, Freudenstadt 115,10, Freyhan 386,10, Friedeberg a. Queis 51, Friedrichsdorf 120, Garz a. N. 154,80, Geesthacht 100, Gelsenkirchen 200, Glaz 45,30, Glauchau 190, Glogau 150, Glickstadt 100, Goldap 200, Gollnow 79,20, Goslar 71,90, Greiz 200, Gr.-Breitenbach 13,90, Großhain 220, Großhörn 320, Gr.-Wolern 92,30, Gr.-Zimmern 200, Grünberg i. Pof. 209,10, Gumbinnen 100, Gültrow 225, Halle 600, Hamburg 4000, Hameln 101,90, Hannover 1500, Hattlingen 100, Heubach 5,50, Helgoland 100, Helmrechts 150, Herford 66, Hirschberg i. Schl. 1000, Hohenfalka 70, Höfensleben 10, Julum 152,30, Jena 600, Jlimenau 149,50, Jmmenstadt 11,75, Jnsterburg 150, Jhehoe 300, Kamenz 55, Karlruhe 680, Kattowitz 350, Kellinghufen 70, Kempen 105,70, Kolberg 321,10, Kolzig 90,95, Königsberg i. Pr. 800, Königsbrück 270, Konstanz 97,35, Köslin 400, Labiau 81,60, Lahn 45,05, Landeshut i. Schl. 6, Landsberg a. d. W. 200, Lehe-Geestemünde 1450, Leipzig 700, Leisnig 140, Lissa i. Pof. 57,80, Lübbenau 53,40, Lübbede 25,20, Lübeck 750, Lüchow 14,50, Luckenwalde 163,40, Ludwigshafen 550, Lüneburg 160, Magdeburg 950, Mannheim 477,87, Marburg 119, Marienwerder 125, Meiningen 2,45, Meldorf 77,60, Memel 376,90, Memmingen 11, Merseburg 250, Meß 300, Mindelheim 16,30, Minden 500, Mülln 2,85, Müllenberg 39,90, Müllhausen i. G. 500, M.-Glabach 210, Ratel 74,25, Neumünster 500, Rimpfich 94,95, Nordgermersleben 15,90, Nordhausen 350, Nürnberg 740, Ober-Salzbrunn 100, Obornitz 200, Oehringen 20,80, Oels 20, Oldenburg 400, Oppeln 150, Osterode 2,50, Peine 52,40, Peitz 50, Piffallen 50, Pinneberg 350, Pöhlitz 60, Pofen 400, Potsdam 400, Prenzlau 2, Quedlinburg 47,85, Reddinghausen 80, Reichenbach i. Schl. 107,15, Reutlingen 27,55, Richtenberg 49,50, Riesa 400, Rochitz 2,30, Roda 120, Rodach 5, Rofmeim 200, Rostock 500, Ruppersdorf 78,35, Saarbücken 300, Salzingen 38,60, Sanft Ludwig 64,35, Sahnitz 59, Seehausen (Kreis Wanzleben) 42,55, Seidenberg 36,20, Siegen 8,90, Spandau 870, Speyer 27,90, Sprottau 3,90, Schalkau 22,80, Schönebeck 260, Schöningen 10, Schwaan 220, Schwabach 50, Schwartau 213,55, Schweningen 66,90, Schwerin 30,02, Stallupönen 30, Starnberg 100, Stettin 1100, Stockelsdorf 150, Straßfurt 200,90, Strasburg i. d. Uckermark 41,85, Strasburg i. W. 311,25, Strasburg i. G. 1000, Strehla 140, Stuttgart 400,25, Tambach 100, Thorn 150, Treuen i. W.

28,10, Trieseb 20,10, Ulm 150, Vandsburg 25,55, Westen 105,95, Verden 150, Waltershausen 246,35, Wanne 175, Wedel 100, Weimar 250, Weisenfels 200, Weizow 26,94, Werder 54,10, Wesel 12,45, Westerland 200,20, Wezlar — 30, Wiesbaden 357,10, Wilhelmshaven 502, Witten a. d. Ucker 89,05, Wölgrowitz 47,25, Wreschen 39,75, Wusterhausen 21,29, Zabna 25,80, Zeitz 774,30, Zeulenroda 123,10, Zielentzig 64,10, Zimnowitz 13,15, Zittau 53,40, Züllichau 55,55, Zwenkau 210,20, Zwickau 900, Einzelzahler 317,80, durch Götner für Agitation zurück 3,65, an Beiträgen für Diverfes 66,25, für Inserate von Privaten 36,40.

An Quittungen über Arbeitslosenunterstützungen gingen ein: Aus Ahrensburg M. 8, Alstedt 10, Altdamm 21, Altrahsfeld 32, Annaberg-Buchholz 70,50, Arzbach 13, Aylbach 31,50, Bad Harzburg 6, Bad Rissingen 210, Bargeheide 6, Barmen-Eberfeld 48,75, Bayreuth 51,50, Bergedorf 221, Berlin 3499, Bernburg 49,75, Blankenburg a. Harz 27, Bonn 12,25, Brandenburg 260, Brandis 12, Bremen 236,25, Breslau 657,50, Bromberg 342,75, Brunsbüttel 32, Buzlau 3,75, Burg a. Fehm. 17,50, Burg b. Magdeb. 93, Burgstädt 9, Bützow 28, Buztuhde 33,25, Canth 38, Cassel 137,25, Celle 8,75, Chemnitz 507,25, Coblenz 52,50, Cöln 173,50, Croffen 9, Culm 13, Cuxhaven 220,75, Danzig 834, Dargun 3,50, Darmstadt 63, Deckenbach 17,50, Dessau 24,50, Deutsch-Eylau 49,50, Deutsch-Eiffa 12, Diedenhofen 119,50, Dießen 12,50, Domschau 57, Duisburg 58, Düsseldorf 226,75, Eberwalde 229,25, Eisenach 96,75, Elbing 62,50, Emden 2,50, Erfurt 116,75, Effen 10,50, Gutin 31,50, Falkenstein 44,75, Festenberg 54, Flensburg 48, Flottbek 51, Forchheim 6, Förste 3, Frankenhäusen 16,50, Frankfurt a. M. 361, Freiberg i. S. 1428,75, Freising 21, Freudenstadt 35, Freyhan 36, Frieda 45, Friedeberg a. N. 22,50, Friedrichshagen 65,25, Garz 4,50, Gera 70, Glaz 282, Goldap 27, Görlitz 82,75, Goslar 33, Gotha 237,50, Göttingen 27,25, Grabow 45, Graudenz 84,25, Greifenhagen 39,50, Grimmen 15, Großbreitenbach 68,75, Großhain 41, Groß-Wolern 63,50, Groß-Zimmern 6, Gaderleben 13,25, Hagen i. P. 21, Halle 297,25, Hamburg 3579,25, Hannover 449,50, Hannover-Winden 15,75, Heidenheim 19,50, Herford 211,25, Heringen 4,50, Hettstedt 18, Hildesheim 36,25, Hirschberg a. d. S. 2, Hirschberg i. Schl. 12, Hohenfalka 18, Hundsfeld 4,50, Kaiserslautern 15, Kallentirchen 38,50, Kattowitz 188,75, Kellinghufen 42, Kiel 510,50, Kolberg 69, Königsbrück 16, Königssee 18, König 110,75, Lahn 9, Landshut i. W. 185,75, Lauf 9, Lehe-Geestemünde 50,25, Leisnig 9, Liegnitz 148, Lützen 24, Löwenberg 126, Lübeck 77,50, Lützenburg 42, Lützen 21, Lyck 21, Magdeburg 172,75, Mainz 89,50, Martissa 9, Meuselbach 18, Militich 253,50, Mühlhausen i. Th. 19,50, Müllhausen i. G. 43,50, München 6614,50, München-Glabach 46,25, Ratel 60, Nauen 21, Naugard 5,50, Neudamm 3,75, Neumarkt 9, Neumünster 26,25, Neurode 39, Neusalz 67,75, Norden 99, Nordhausen 39, Noffen 27, Nowawes 38,25, Ober-Salzbrunn 51, Oderberg 58,75, Oelsnitz 67,50, Oppeln 44,75, Ortrand 183,75, Pasewalk 27, Passau 18, Peisterwitz 52,50, Plauen 44, Pofen 162, Potsdam 44, Quedlinburg 26, Raftenburg 22,75, Rathenow 13,50, Regensburg 54,75, Reichenau i. S. 42,50, Reibitz 10,25, Reutlingen 158, Köbel 52,50, Roda 6, Ronneburg 86,75, Rosenheim 34,50, Rostau 3,50, Roth 13,50, Saalfeld 31,50, Saarbücken 90, Sachshagen 111, Salzfusen 33,75, Salzingen 27, Salzwedel 7, Sahnitz 125, Seidenberg 63,25, Selb 30, Soltau 31,50, Spandau 40, Schalkau 18, Schönberg i. M. 64,50, Schwarzenfeld 33,25, Schwedt 42, Schweidnitz 43,50, Schwerin 82, Stargard i. P. 111, Stendal 32,75, Stettin 228,25, Stockelsdorf i. G. 20, Stolp 31,75, Strasburg i. Westpr. 410,75, Straßburg i. G. 42, Straubing 12,25, Stuttgart 21, Thorn 43,75, Tilsit 48, Trebbin 18,75, Trebnitz 57, Trier 21, Tübingen 518, Verden 9, Waldenburg i. S. 5, Waltershausen 4,50, Wedel 22, Wehlau 20, Weimar 4,50, Werder 19,75, Wesselburen 9, Wezlar 36, Wilhelmshaven 34,50, Wilster 15,75, Witten a. d. U. 21, Wölgrowitz 8, Wreschen 9, Würzburg 24,50, Zabna 42, Zehdenick 7, Zimnowitz 3, Zittau 296,50, Züllichau 23,50, Zwickau 11, Zwönitz 8,50.

An diversen der Hauptkasse in Rechnung gestellten Belegen gingen ein: Aus Barmen-Eberfeld M. 301,50, Blankenburg i. Th. 87,50, Berlin 325,92, Birkenwerder 28, Bochum 62,91, Braunschweig 3, Breslau 144,90, Bünde 12, Darmstadt 64,80, Duisburg 7,80, Effen 239, Freiberg 263,90, Freyhan 20,60, Gelsenkirchen 67,40, Gera 244,80, Görlitz 12, Grünberg i. P. 39,80, Halle 1300,50, Heiligenbeil 23,19, Karlruhe 173,10, Kolberg 36,30, Königsberg i. d. Neum. 55,30, Königsberg i. Pr. 333,40, Köslin 50, Lehe-Geestemünde 7, Lübben-Steinfirchen 58,20, Magdeburg 75, Meß 644, Müllhausen i. G. 185,30, München 414,05, Naugard 10,15, Neustettin 6,40, Nowawes 158,65, Nürnberg 302,90, Nürtingen 131,76, Osterode 55, Saarbücken 40,45, Sagan 102,96, Speyer 54, Stolp 168, Stuttgart 446,20, Weimar 159,80, Wesselburen 10,40, Wiesbaden 42,05.

Arbeitslosenunterstützungen

wurden im April nach den eingegangenen Quittungen ausbezahlt:

1299 Tage à 50 $\frac{1}{2}$	M. 649,50
1724 " " à 75 "	" 1293,—
2305 " " à 100 "	" 2305,—
1748 " " à 125 "	" 2185,—
2484 " " à 150 "	" 3726,—
4643 " " à 175 "	" 8125,25
6361 " " à 200 "	" 12722,—
Summa 20564 Tage	M. 31005,75

Adolf Römer, Kassierer.

Bekanntmachungen der Geworke.

Agitationsberichte.

Im Auftrage des Zentralverbandes hatte ich vom 2. bis 20. Mai in folgenden Zahlstellen zu referieren: Burg b. W., Stendal, Staffurt, Calbe, Nordhausen, Jena, Weimar, Mühlhausen, Langensalza, Jlimenau, Arnstadt, Saalfeld, Coburg, Meiningen, Salzingen, Naumburg a. d. Saale, Weisenfels und Crimmitschau. Diese 18 Zahlstellen umfassen 1654 Mitglieder; davon besuchten 615 oder 37 pzt. die Versammlungen. Das ist kein erfreuliches Bild. Einige Zahlstellen hatten einen ganz besonders schlechten Besuch zu verzeichnen. Ein betrübendes Bild

zeigte die Versammlung in Burg; von über 100 Mitgliedern waren um 8 Uhr (die Versammlung war 6 $\frac{1}{2}$ Uhr angesetzt) 16 erschienen. Daß bei einem derartig schlechten Besuch der Zweck vollständig verloren geht, ist erklärlich. Es mag zutreffen, daß der größte Teil der Mitglieder zu weit ab vom Orte, also auf dem Lande wohnt. Aber auch den ländlichen Kameraden muß Mergemacht werden, daß sie im Irrtum sind, wenn sie glauben, durch Bezahlung der Beiträge ihre gesamten Verbandspflichten zu erfüllen. Als gutes Verbandsmitglied kann nur der gelten, der sich auch an den Veranstaltungen der Organisation, vor allem an den Versammlungen beteiligt.

Besser waren die Versammlungen in Stendal, Staffurt und Calbe besucht; hier wurde auch in der Debatte erklärt, daß man alles daransehen wolle, um den Ausbau der Organisation zu vervollständigen. Auch in Nordhausen herrschte ein guter Geist, trotzdem nur der vierte Teil der Mitglieder in der Versammlung war. In Jena waren von 241 Mitgliedern 140 erschienen; hier herrscht ein reges Gewerkschaftsleben und, was nicht zu unterschätzen ist, eine gute Bautätigkeit, wie man sie leider nur in wenigen Orten findet. Diese Versammlung ist als eine der besten zu bezeichnen. Besser hätte auch die Versammlung in Weimar sein müssen. In einem Gebiet, wo die Zahl der Indifferenten noch so groß ist, können nur bessere Zustände eintreten, wenn unsere Verbandsmitglieder ihre volle Pflicht erfüllen und dem Rufe ihrer Leitung folgen, wenn es gilt, Mittel und Wege zu beschreiben, wie man seine Lage verbessern kann. Von 117 Mitgliedern waren in der Versammlung in Mühlhausen 84 anwesend, trotzdem hier die Leitung alles versucht hatte, am Sonntag nachmittag ein vollbesetztes Lokal zu haben. Die Bemühungen scheiterten leider an der Gleichgültigkeit des größten Teils der Kameraden. Langensalza war gut besucht. In Jlimenau waren von 56 Mitgliedern 26 erschienen, auch zwei Nichtmitglieder waren anwesend, die sich aufnehmen ließen. Geklagt wurde, daß einige Unternehmer nicht allen Kameraden den tariflichen Lohn zahlen; die Organisation wird hier Abhilfe schaffen. Von Arnstadt, Saalfeld und Coburg war Saalfeld besonders gut besucht. Als recht schlecht besucht muß Meiningen bezeichnet werden; hier müssen erst alle Mitglieder die Leitung unterstützen, um durch eine kräftig einsetzende Hausagitation die Zahl der Unorganisierten zu verringern, was auch ein Teil der Anwesenden versprochen hat. Salzingen war gut besucht, leider war ein Teil der Mitglieder durch andere Veranstaltungen abgehalten. In Naumburg a. d. S. waren von 110 Mitgliedern nur 30 anwesend, für eine gute Zahlstelle, wie es Naumburg sein will, kein gutes Zeichen. In Weisenfels herrschen recht schlechte Zustände. Es werden Löhne gezahlt von 46 $\frac{3}{4}$ an, und 53 $\frac{1}{2}$ sollen bezahlt werden. Die Kameraden schimpfen nun auf die Leitung, es würde nichts getan, diesen Zustand abzustellen. Ich mußte ihnen aber erklären, daß es sich leicht schimpfen lasse, wenn man selbst nicht das Beste tue, diesen Zustand zu bessern. Wenn von 105 Mitgliedern 23 in eine derartig wichtige Versammlung kommen, wenn die vom Gauleiter herausgegebenen Plakette nicht ausgefüllt werden, wenn sich ein größerer Teil Mitglieder scheut, den zu niedrig erhaltenen Lohn richtig anzugeben, da müßte der Gauleiter ein Uebermensch sein, wenn er Abhilfe zu schaffen vermöge. Trotzdem wird auch dort alles versucht werden. Den Abschluß bildete Crimmitschau mit einer guten und anregenden Versammlung.

Im allgemeinen glaube ich, daß diese Agitationsversammlungen ihren Zweck nicht verfehlt haben, was doch der Besuch im Vergleich zu den sonstigen Versammlungen bedeutend besser. Der Geist der Versammlungsteilnehmer berechtigt zu der Hoffnung, daß man nun auch die nötige Kleinarbeit folgen läßt, um auch die Fernstehenden unseren Reihen zuzuführen und vor allen Dingen durch eifrige Aufklärungsarbeit unsere Mitglieder zu Massenkämpfern zu erziehen. Wenn alles das in Erfüllung geht, dann mögen die Gewitterwolken am wirtschaftlichen Horizont noch so finster aufziehen: der Zentralverband der Zimmerer wird der Fels sein, an dem sie zerschellen müssen.

Joseph Melzer, Dresden.

Im Auftrage des Zentralverbandes habe ich in der Zeit vom 9. bis 22. Mai in den Zahlstellen Witten, Cöln, Bonn, Weibert, Crefeld, Effen, Bochum, Düsseldorf, Gelsenkirchen, Gerne, Reddinghausen, Castrop, Hamm, Dortmund, Hagen und Herforn über das Agitationsthema referiert. Der Besuch der Versammlungen war sehr verschieden; in Effen, Bochum, Düsseldorf, Hamm und Dortmund war der Besuch als gut zu bezeichnen, was man von den übrigen Orten nicht sagen kann. Nach meiner Ansicht hat die Arbeitszeit bis 7 Uhr abends in dem ganzen Gebiet einen großen Einfluß auf den Versammlungsbesuch wie auch auf die Verhandlungsgegenstände. Die Versammlung in Cöln machte keinen guten Eindruck; sie war angesetzt 10 $\frac{1}{2}$ Uhr vormittags, die ersten Besucher kamen gegen 11 Uhr und angefangen wurde 11 $\frac{1}{2}$ Uhr. Zur Tagesordnung wurde dann der Antrag gestellt, erst die Abrechnung zu verlesen und zu diskutieren und den Vortrag als zweiten Punkt zu nehmen, weil sonst, wenn der Vortrag vorweggenommen würde, die Kameraden nicht mehr die Abrechnung entgegennehmen könnten. Praktisch kam es dann so, daß während des Vortrages ein Kommen und Gehen zu verzeichnen war. Anwesend waren zirka 100 Mitglieder. Es arbeiteten auf der Ausstellung zu derselben Zeit zirka 200 Kameraden. In der Diskussion kam der Widerwille gegen den Reichstarif zum Ausdruck, dem auch die Schuld zugeschoben wird, daß auf einer Ausstellung nicht mehr als Tariflohn bezahlt werden braucht. Unsere Mitglieder hätten nur die Ueberstunden und Sonntagsarbeit verweigern sollen — im Winter bis zum Frühjahr mußten unsere Kameraden feiern — dann wäre auch über die Lohnfrage eine Regelung zu erzielen gewesen. In Bonn muß auch alles von Grund auf neu ausgebaut werden. In Hagen hatte der Vorsitzende keine Zettel verteilen lassen oder auf andere Art für Bekanntgabe der Versammlung gesorgt. Es waren aus diesem Grunde auch keine Mitglieder anwesend. Nur die beiden Kassierer mit noch drei Kameraden waren erschienen, außerdem waren zwei Jugerichte anwesend. Vorsitzende und Schriftführer waren nicht erschienen. Es

scheint mir, als wenn Differenzen in der Leitung sein müßten, sonst kann ich mir eine derartige Gleichgültigkeit nicht denken. Die Anwesenden gaben wie in fast allen Zahlstellen dem Reichstarif die Schuld. Ein sehr guter Geist herrschte in Gamm; leider haben hier aber einige Vorstandsmitglieder wieder viel verdorben, und zwar dadurch, daß sie sich gegenseitig die größten Vorwürfe machten. Alle wollten agitieren, sie konnten aber nicht arbeiten, weil ein Zusammenarbeiten innerhalb des Vorstandes unmöglich sei. Hier wird es also notwendig sein, daß die Vorstandsmitglieder unter sich ein besseres Einvernehmen herstellen, um dadurch vorbildlich auf die Mitglieder einzuwirken.

Von den zirka 1800 Mitgliedern, die in den Zahlstellen angemeldet sind, waren zirka 855 erschienen, also 47 pSt. der Mitglieder. Aufgefallen ist mir in dem ganzen Gebiet der miserable Bauarbeiterschutz; ich möchte behaupten, für den Schutz der Bauarbeiter wird überhaupt nichts getan. Außengerüste gibt es keine, selbst an großen Betonbauten nicht. In Düsseldorf waren die Betonarbeiter an dem Bau eines großen Warenhauses bei der Dachkonstruktion ohne jedes Gerüst beschäftigt. Macht einer einen Fehltritt, dann muß er unweigerlich bis aufs Straßenpflaster herunterfallen. Es ist mir einfach unverständlich, wie sich die Arbeiter das alles gefallen lassen. Die Zersplitterung unter den Bauarbeitern in Freie und Christliche scheint mir die Ursache der Gleichgültigkeit zu sein.

In mehreren Zahlstellen wurde auch darüber Klage geführt, daß die christlichen Zimmerer selten den Tariflohn bekommen. Speziell in Düsseldorf wurde erklärt, daß unsere Mitglieder in den Betrieben, wo Christliche arbeiten, in den meisten Fällen erst den Tariflohn erkämpfen müssen. Unsere Aufgabe muß es nun sein, in Zukunft die geschil- derten Mängel zu beseitigen. Auch die jüngeren Mit- glieder, die ja in Westfalen reichlich vertreten sind, müssen sich mehr mit der Verbandsgeschichte befassen und auch selber tatkräftig mitarbeiten. Hoffen wir, daß diese Ver- sammlungen dazu beitragen werden, die Arbeitsfreudigkeit der Mitglieder zu heben, aber auch ein innigeres Verhältnis unter den leitenden Kameraden herbeizuführen. Tut ein jeder seine Pflicht und Schuldigkeit, dann werden wir zur gegebenen Zeit auch ein ernstes Wort über den Reichstarif reden können. Geht also nicht immer andern die Schuld an den schlechten Verhältnissen, sondern kämpft mit um die Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage.

Frankfurt a. M., den 26. Mai 1914.

Heinrich Ehlers.

In der Zeit vom 2. bis 20. Mai dieses Jahres referierte ich über das vom Zentralvorstand festgesetzte Agitationschema in nachbenannten Verbandszahlstellen: Apenrade, Sonderburg, Hensburg, Nendeburg, Lübeck, Tschöe, Elmshorn, Segeberg, Kiel, Wilster, Harburg, Hamburg, Nienburg a. d. W., Hannover, Delmenhorst, Wilhelmshaven und Bremen. Der Verlauf der Versamm- lungen sowie der Besuch derselben kann im Durchschnitt als ein zufriedenstellender bezeichnet werden. In den meisten Versammlungen wurde eine Diskussion über das Referat heraufgehoben und je nach Lage der örtlichen Organisations- verhältnisse von den Kameraden noch besonders bekräftigt und unterstrichen. Als besondere Wünsche wurden in der Versammlung in Apenrade (Schleswig) vorgetragen, daß von Verhandlungen für die Kameraden in dortiger Gegend auch Flugblätter in dänischer Sprache verfaßt und verbreitet werden müßten, da dortselbst eine Anzahl Kameraden dem Verbands noch fernstehen und diese vielfach nicht deutsch verstehen oder verstehen wollen.

In der Versammlung in Sonderburg (Schleswig) wurde bemerkt, da der Kapitalismus von heute auf morgen nicht zu überwinden sei, müsse es Aufgabe der Gewerkschaften sein, alles zu tun, um eine Aenderung des Loses der Arbeiterklasse herbeizuführen. Dazu ge- höre neben der gewerkschaftlichen Arbeit auch die Pro- paganda und Förderung der Eigenproduktion sowie der Anschluß der Arbeiter an die genossenschaftliche Bewegung, da auch diese in der Lage und bestrebt sei, die Folgen der Krisis abzuschwächen und die soziale Lage der Arbeiter zu heben. Dem Referat zuwiderlaufende Ausführungen wurden, wie schon erwähnt, in keiner Versammlung ge- macht. Im Gegenteil, überall herrschte die einmütige Meinung, daß es mehr denn je notwendig ist, daß Ver- bandsleben zu heben und zu fördern, und wenn wir vor- wärts kommen wollen, wir uns auf die eigene Kraft ver- lassen müssen. Daß die Kameraden in den von mir be- reisten Zahlstellen sich in diesem Sinne recht lebhaft be- tätigen und die weitere Agitation stark fördern werden, dafür bürgt die zuversichtliche Stimmung der Kameraden in den Versammlungen sowie der Name ihrer Zahlstellen in der Geschichte unseres Zentralverbandes.

W. Witt, Berlin.

Gau Schlesien.

Zur Einleitung der Frühjahrsgitation wurden im schlesischen Gau im Monat April durch vom Zentralvor- stand bestimmte Referenten in folgenden Orten in Ver- sammlungen über: „Die soziale Lage der Zimmerer Deutschlands und wie ist dieselbe zu verbessern!“ Vortrag gehalten: Neusalz, Grünberg, Glogau, Striegau, Neize, Reichenbach, Neurode, Freiburg, Ohlau, Langenbielau, Waldenburg, Hirschberg, Goldberg, Strehlen, Hermsdorf, Schmiedeberg, Schweidnitz, Breslau und Liegnitz. Als Nebener waren tätig die Kameraden Römer und Schumann vom Zentralvorstand. Weiter sprachen im Mai über das gleiche Thema die Kameraden Mannig, Goldschmidt und Schmidt aus Breslau in folgenden Versammlungen: Fran- kenstein, Landeshut, Friedland, Wolfenbain, Salzbrunn, Deutsch-Bissa, Domschau, Canth, Dels, Brieg, Obernigt, Freyhan, Militsch, Trebnitz, Jauer, Beuthen, Gohrau, Nimptsch, Hundsfeld, Lattowitz und Festsberg, so daß ins- gesamt von der Agitation 40 Orte erfasst wurden. In den 21 Versammlungen, die durch Schmidt, Mannig und Gold- schmidt erledigt wurden, waren insgesamt 362 Mitglieder anwesend. Schlecht besucht waren die Versammlungen in Trebnitz, Festsberg, Nimptsch und Deutsch-Bissa, besser besucht diejenigen in Obernigt, Lattowitz und Friedland. Im allgemeinen müßte angenommen werden, daß die Mit-

glieder zu den Versammlungen zahlreicher erscheinen wür- den, da der Versammlungsbefuch doch immerhin auf die Beweglichkeit einer Zahlstelle schließen läßt. Allein der allgemein schlechte Beschäftigungsgrad des letzten Winters sowie das Daniederliegen der Bautätigkeit in der gegenwär- tigen Zeit üben ihre Wirkung auch auf den Versammlungs- besuch aus. Wie schwer die Bautätigkeit danieder lag, be- weist Breslau; dort wurden im Jahre 1910, wo schon von einer günstigen Bauperiode nicht die Rede sein konnte, noch 243 Neubauten ausgeführt, 1913 hingegen nur noch 179 Neubauten, 64 weniger als im Jahre 1910. Wenn unser Verband bei einer so schlechten Arbeitsgelegenheit in den letzten Jahren einen nennenswerten Verlust an Mitgliedern nicht zu verzeichnen hat, so liegt das einmal an unsern Verbandsseinrichtungen und weiter an dem Vertrauen der Mitglieder zu ihrer Organisation. In den Vorträgen wurde besonders hervorgehoben das Bestreben der Regie- rung und der Konservativen, die Gewerkschaften unter ein Ausnahmegesetz zu stellen. Auch die Rüstungen des Ar- beitgeberbundes für das Baugewerbe wurden hinreichend beleuchtet. Vieles habe der Verband zur Verbesserung der sozialen Lage seiner Mitglieder in der Vergangenheit geleistet, noch mehr aber bleibe in der Zukunft zu tun übrig, solle der Verband seine Aufgabe weiter zur Zufriedenheit der Mitglieder erfüllen. Besonders in Schlesien ist das Agitationsfeld noch sehr groß, wenn jeder bei der Wer- bung neuer Mitglieder seine Schuldigkeit tut, so kann noch viel gewonnen werden. Nach der Zählung von 1913 waren in der Provinz Schlesien 6885 organisationsfähige Zimmer- gesellen vorhanden, davon sind 3743 in unserm Verbands- gebiet, unsere Kameraden haben demnach kräftig einzuflehen, um die Nichtorganisierten unserm Verbands zuzuführen; wenn alle sich ihrer Pflicht bewußt sind und in der nächsten Zeit in ausgiebiger Weise für unsere Sache agitieren, so wird auch der Erfolg der Agitationsversammlungen nicht aus- bleiben, trotzdem bezüglich des Besuches manches anders hätte sein können.

S. Schmidt, Breslau.

Lohnbewegungen im Gau 8 (Provinz Sachsen).

Neben den Orten, in denen die Lohn- und Arbeitsbedin- gungen durch die zentrale Bewegung geregelt wurden, verblieben im Jahre 1913 noch eine ganze Anzahl, in denen die Tarifverträge erst im Jahre 1914 zum Ablauf gelangten und andere, in welchen die Verhältnisse im Jahre 1913 einer Neuregelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht besonders günstig waren, weshalb diese auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden mußte.

Dazu gehört auch Coswig i. A. Der bis zum 30. September 1913 gültige Vertrag war mit dem dortigen Arbeitgeberverband abgeschlossen. Dieser gehört als ge- meinsamer Verband der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeber- verbände an. Ein Versuch von unserer Seite, auf Grund- lage des Reichstarifvertrages zu verhandeln, lehnte er aus diesem Grunde ab. Auch ein dahingehender Versuch des Bezirksverbandes der Arbeitgeber scheiterte aus dem gleichen Grunde. Bei den Verhandlungen, die somit auf örtlicher Grundlage geführt wurden, boten die Arbeitgeber eine auf drei Jahre verteilte Lohnerhöhung von 1, 1, 1 %. Dafür sollte eine ganz bedeutende Verschlechterung der Zu- lage für Landarbeit erfolgen. Wenn sich unsere dortigen Mitglieder in Anbetracht der Umstände auch mit der Lohnerhöhung einverstanden erklärten, so verlangten sie doch weitere Verhandlungen zur Verbesserung der Landarbeits- bedingungen. Nachdem sich so die Verhandlungen drei Monate bis Anfang dieses Jahres hingezogen hatten, wo- bei die Arbeitgeber schon, trotzdem wir noch in Verhand- lungen standen, dafür gesorgt hatten, daß entgegen den sonst üblichen Gepflogenheiten keiner der Zimmerleute in den Fabrikbetrieben in Arbeit treten konnte, wurden wir aufgefordert, die bis dahin beratenen Bedingungen anzu- erkennen, widrigenfalls ab 18. Januar alle Zimmerleute ausgesperrt würden. Das lehnten wir ab, erklärten uns jedoch bereit, weiter zu verhandeln. Der Arbeitgeber- verband verfügte darauf die Aussperrung, die auch restlos durchgeführt wurde. Nachdem die Aussperrung einige Wochen gedauert hatte, ohne daß von irgendeiner Seite eine Aenderung eintrat, versuchten es die Arbeitgeber im März mit Berliner Arbeitswilligen. Diese sollten einen Stundenlohn von 60 % und auch noch sonstige Vergünsti- gungen erhalten. Ein Trupp von 25 Personen langte bald darauf unter Führung eines Freimann in Coswig an. Unter ihnen befanden sich leider auch ein Teil Ver- bandsmitglieder und Mitglieder der „Freien Vereinigung“. Einige der Arbeitswilligen reisten nach Darstellung der Sachlage von allein ab, einen weiteren Trupp konnten wir abschließen, und mit dem, was dann noch verblieb, wußten die Arbeitgeber nicht viel anzufangen. Da die Bevölke- rung Coswigs, die zum größten Teil aus Industrie- arbeiter besteht, der Gesellschaft natürlich recht wenig Entgegenkommen bewies, packte Freimann mit seiner Kolonne, beziehungsweise dem verbliebenen Rest, zu- sammen und dampfte wieder ab. Einem Arbeitgeber, der sich weigerte, solche Leute zu beschäftigen, wurde vom Vor- stand der Arbeitgeber bedeutet, daß er dann für alle Kosten aufzukommen hätte und ihm auf Veranlassung des Arbeitgeberverbandes das Material entzogen würde. In diesem Stadium der von dem Ge- werberichter veranlaßten Einigungsverhandlungen wurden von den Arbeitgebern abgelehnt. Wenn auch die Bau- arbeiter gern neue Verhandlungen eingeleitet hätten, mußten sie sich doch den Industriellen fügen. Sie sind wirtschaftlich von ihnen abhängig. Der Kampf ging dann weiter bis Anfang Mai. Jetzt willigten die Arbeitgeber in neue Verhandlungen ein und war es nun nach mehr- maligem Zusammentreten möglich, die Landgeldfrage für uns günstiger zu gestalten, die Lohnerhöhung dagegen auf 3, 1, 1 % festzusetzen. Auf dieser Grundlage wurde dann am 20. Mai eine Einigung erzielt, womit die Aussperrung aufgehoben und der achtehnwöchige Kampf mit vollem Erfolg für uns beendet werden konnte. Eine Lehre hoffentlich nicht nur für uns, sondern auch für die Arbeit- geber.

In Jeknitz i. A. wurden durch Verhandlungen bei einem Abschluß auf örtlicher Grundlage bis zum Jahre 1917 2, 2, 1 % erzielt.

In Königslutter bis zum Jahre 1916 1, 1 %; gleichfalls auf dem Verhandlungswege.

Ein zwölf tägiger Streik war dagegen notwendig in Nordgermersleben, die Arbeitgeber dazu zu brin- gen, bis zum Jahre 1917 3, 0, 2 % zu bewilligen. Sechs Tage brauchten wir in Osterwieke, um die Arbeitgeber davon zu überzeugen, daß ein Stundenlohn von 36 bis 38 % nicht ausreichend ist, und den Lohn einheitlich auf 40 % festzulegen.

In Seehausen i. A. hatten unsere Kameraden den Vertrag in Anbetracht der Umstände im Jahre 1913 still- schweigend verlängert. Nach der erfolgten Kündigung in diesem Jahre fanden zunächst Verhandlungen auf örtlicher Grundlage statt. Im Verlaufe der weiteren Ver- handlungen schlossen sich die Arbeitgeber dem Arbeit- geberverbande an und wurde von diesem der Standpunkt vertreten, daß die für 1914/16 verbleibende Lohnerhöhung von 2 % als gültig für diejenigen Orte, in denen die Un- parteiischen nichts bestimmt hatten, in Kraft zu treten hätte, ohne Rücksicht darauf, daß im Vorjahre keine Lohnerhöhung erfolgt sei. Gnädig wollte man diese 2 % auf einmal be- willigen. Wir lehnten ein solches Angebot ab. In weiteren Verhandlungen wurde für 1915 noch 1 % geboten. Gleich- zeitig schlugen die Arbeitgeber vor, im Falle unserer Ab- lehnung das Haupttarifamt entscheiden zu lassen. Lediglich der Umstand, daß bereits von den „Christen“ Anstrengungen unternommen wurden, dort einzudringen, hat uns bewogen, dem Angebot zuzustimmen, womit dann ein Vertrag auf Grundlage des Reichstarifvertrages abgeschlossen wurde.

In Berst sind sämtliche Zimmerer, alle in unserm Verbands organisiert, am 18. Mai in den Streik getreten. Die Arbeitgeber wollen den jetzt bestehenden Vertrag nur auf ein weiteres Jahr ohne Lohnerhöhung verlängern.

Zu erwähnen ist noch Wallenstedt a. S. Die Löhne betragen dort bis dahin 32 bis 34 %. Anfang Mai gelang es endlich, die dortigen Zimmerer dem Verbands zuzuführen. Als sie nun bei ihren Arbeitgebern vorstellig wurden, wurden sofort alle Löhne um 3 % erhöht und im nächsten Jahre weitere 2 % in Aussicht gestellt. Hoffentlich ziehen die in der jungen Organisation vereinigten Zimmerer Ballenstedts und Umgegend die rechte Lehre hieraus und bleiben ihrer Organisation nicht nur treu, sondern werben, wo sich Gelegenheit bietet, immer neue Mitglieder.

K. Bergemann.

Unsere Lohnbewegungen.

Gestreikt wird in Bad Bramstedt, Bad Wildungen, Bahn i. Pom., Groß-Geran b. Mainz, Gudensberg (Bezirk Cassel), Harjesfeld mit Bergstedt, Brest, Ahler- stedt, Wangerfen und Reith, Lübbecke, Ludwigshafen, Nauen, Zerbst.

Gesperrt ist der Arbeitsnachweis des Arbeitgeber- verbandes in Braunschweig, Bremen, Dortmund, Olden- burg und Begeßel, in Altenburg der Neubau der Kon- servenfabrik von Degner & Söhne in Rauerndorf, in Cuxhaven die Firma Union-Dortmund, Flugplatz, in Düsseldorf das Baugegeschäft von Jensen, in Gelsen- kirchen die Firma Schmuck, Kanalbau, Schleuse 4, in Hagen i. Westfalen das Geschäft von Drewes, in Tschöe die Alsenische Portlandzementfabrik, in Kulmbach die Sägewerke, in Lieberose das Geschäft von B. Mattig, in Metz (Pont-à-Mousson) die Firma Weyß & Freitag, in Dels i. Schl. das Geschäft von Spaniel, in Schandau i. S. die Firma Holz- mann & Co., in Sorau die Geschäfte von Karl Wäntsch und C. A. Friedrich, in Syke (Bezirk Bremen) das Geschäft von C. Nienstedt, in Witten- heim i. Elsaß die Firma Tuchscherer und in Wuster- hausen a. d. Dosse die Firma A. Neumann.

Zuzug ist fernzuhalten von Mecklenburg- Schwerin und Mecklenburg-Strelitz.

Erfolgreiche Beendigung der Differenzen bei der Firma Jensen in Düsseldorf. Wie im „Zimmerer“ Nr. 21 berichtet, weigerte sich die Firma Jensen den tariflichen Zu- schlag für schwierige Abbrucharbeiten zu bezahlen und mußte dieserhalb die Arbeit eingestellt werden. An der Arbeits- einstellung waren 22 Kameraden beteiligt, die aber zum Teil gleich in den ersten Tagen anderweitig untergebracht wurden. Am 24. und 27. Mai haben mit der Geschäftsleitung der Firma Verhandlungen stattgefunden und mußte diese sich hierbei bereit erklären, für die bisher, wie für die noch zu verrichtende schwierige Abbrucharbeit den Zuschlag von 20 pSt. zu bezahlen. Für die bisher geleisteten Abbrucharbeiten wurden M. 185,30 an Zuschlag bezahlt. Damit ist die Sperre erledigt. Der Erfolg ist darauf zurückzuführen, daß es der Firma trotz großer Bemühungen und trotz der vielen Annoncen in den Zentrumsblättern in Rheinland und Westfalen nicht gelang, arbeitswillige Zimmerer zu bekommen.

Vereinbarungen in Langenfeld (Zahlstelle Düffel- dorf). Die Kameraden in Langenfeld, einem Bezirk der Zahl- stelle Düsseldorf, hatten am 12. Mai ihren Arbeitgebern schrift- lich Forderungen auf Bezahlung von 5 % Landgeld pro Stunde und Erfaz des ausgelegten Fahrgeldes unterbreitet und um Verhandlungen hierüber nachgesucht. Anstatt diesem nach- zukommen, wurde der Vertrauensmann am 16. Mai vom Zimmermeister Schmitz entlassen mit der Bemerkung, man sei solcher Aufwiegelung fatt. Die anderen bei der Firma beschäftigten Kameraden erklärten sich mit dem entlassenen Vertrauensmann solidarisch und stellten ebenfalls am 18. Mai die Arbeit ein. Nur ein Zimmerer, Hans Schachtner, geboren am 27. Oktober 1896 zu Wilhelmshorst, arbeitete weiter. Als aber auch selbst in Langenfeld und Umgegend weitere arbeitswillige Zimmerer nicht zu haben waren, fanden am 22. Mai Verhandlungen statt, die zur Wiedereinstellung des entlassenen Vertrauensmannes und der Bezahlung des Landgeldes führten. Die Sperre ist somit erledigt.

Neue Schwierigkeiten im Haupttarifamt für das Baugewerbe in Sicht. Die „Baugewerkszeitung“ bringt in ihrer Nr. 43 vom 30. Mai 1914 den nachstehenden, offenbar aus dem Bureau des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe stammenden Schriftsatz unter der Stichmarke: „Tarifverträge“:

1. Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat am 27. Mai 1914 folgendes Rundschreiben an die Bezirks-, Landes- und Provinzialverbände gerichtet:

„Aus Zuschriften, die mir aus Mecklenburg und Nordbavarn gleichzeitig erhalten haben, und aus dem Verhalten des Vorsitzenden des Zentralverbandes der Zimmerer bei der heute im Geschäftsamt des Bundes erfolgten Durchsicht abgeschlossener und zur Genehmigung eingehender Tarifverträge, geht hervor, daß die Zimmerer auf Grund der „Vereinbarung“ 110 des Haupttarifamtes verlangen zu können glauben, daß in die noch nicht genehmigten Tarifverträge der Zusatz aufgenommen wird: „für Einschaltungsarbeiten bei Beton- und Eisenbetonarbeiten ist der Zimmererlohn zu zahlen.“ Diese Forderung ist nicht berechtigt. Die genannte „Vereinbarung“ hat unseres Erachtens keine grundsätzliche Bedeutung im Sinne der Zimmererforderung, sie besagt vielmehr nur in einem Sonderfalle Kiel,

daß die vom Tarifamt Kiel durch Entscheidung vom 12. Februar 1914 dem § 4 des Kieler Vertrages gegebene Ergänzung nur zulässig ist, wenn der Absatz A 4 des Betonstiebspruches in direkter Verbindung damit abgedruckt wird.

Der Sinn dieser Erledigung des Kieler Antrages ist, zu verhindern, daß in Kiel aus dem Satz „für Einschaltungsarbeiten ist Zimmererlohn zu zahlen“, etwa die Forderung abgeleitet wird, daß auch für die Hilfeleistungen beim Einschalen der Lohn gelernter Arbeiter zu zahlen ist, also der Absatz A 4 des Betonstiebspruches außer Kraft gesetzt wird. Der Betonstiebspruch wird also durch die „Vereinbarung“ 110 nicht abgeändert, sondern in seiner alten Fassung ausdrücklich bestätigt. Was bisher nach dem Ortsgebrauch als Hilfeleistungen beim Einschalen angesehen worden ist, können die Arbeitgeber überall nach wie vor „von andern Arbeitern zu deren Lohnsatz bewirken lassen“.

Seitens des Bundes wird beim Haupttarifamt über das Verhalten des Zentralverbandes der Zimmerer, durch das der endgültige Abschluß zahlreicher Tarifverträge aufs neue weit hinausgeschoben wird, Beschwerde eingelegt.“

2. Vertragsgenehmigung (6. Nachtrag).

Die Vertragsdurchsicht am 26. und 27. Mai hat folgendes Ergebnis gehabt:

1. Verträge, die von sämtlichen beteiligten Zimmererorganisationen genehmigt sind:

- Meiningen (Z.), Ilmenau (W., Z.), Weimar (W., Z.), Witten a. d. A. (W., Z.), Hohenstein-Ernstthal (W., Z.), Graubenz (W., Z.), Hagenau (W.), Finsterwalde (W.), Teuchern-Teiffen (W.), Greifenberg (W.), Hermsdorf S.-A. (W.), Mes (W., Chr.), Behringersdorf (W.), Hohnstedt-Wansleben (W.), Rotenburg a. E. (W.), Clausthal-Zellerfeld (W.), Lauterberg (W.), Fallersleben (W.).

2. Verträge, die unter Vorbehalt genehmigt sind:

Stettin, unter dem Vorbehalt vom Bauarbeiterverband genehmigt, daß die Löhne für Zementfacharbeiter dem Betonstiebspruch entsprechend eingesetzt werden.

Frankenberg-Flöha-Deberan, unter dem Vorbehalt vom Arbeiterverband genehmigt, daß für die im Vertrage ausgesprochene Zulässigkeit der Affordarbeit für Träger der Nachweis erbracht worden ist.

3. Der Zentralverband der Zimmerer lehnt die Genehmigung nachstehender Verträge ab, weil sie im § 4 nicht den Vermerk enthalten: „Für Einschaltungsarbeiten bei Beton- und Eisenbetonbauten ist der Zimmererlohn zu zahlen.“

- Penig, Pforzheim, Landsberg a. d. W., Daffow, Gadebusch, Gnoien, Grabow, Klitz, Lüthchen, Lübz, Malchin, Malchow, Witzow, Neubrandenburg, Neubutow, Neufalen, Neulofter, Penzlin, Rehna, Köbel, Stavenhagen, Sülze, Waren, Wesenberg, Woldegk, Forchheim, Erlangen (die im § 4 vorgenommene Aenderung des Vertragsmusters durch Streichung des Satzes: „Daß der für Zimmerergesellen hier eingesetzte Lohn für alle Zimmererarbeiten zu zahlen ist“, ist unzulässig), Angermünde, Reichelsdorf, Frankfurt a. d. O., Danziger Höhe, Danziger Niederung, Rahn i. Schl., Marlow (W., Z.).

Diese Verträge sind vom Deutschen Bauarbeiterverband genehmigt worden mit folgenden Ausnahmen:

Penig: Die Vereinbarung, daß Ueberarbeit bis zu einer halben Stunde ohne Zuschlag zulässig ist, ist unzulässig und daher wieder zu streichen.

Erlangen: Es sind noch die Löhne der Zementfacharbeiter und Zementarbeiter aufzunehmen. Durch den Zusatz, daß für Maurer, Hilfsarbeiter und Zimmerer ein Zuschlag für Spezialarbeiten im Betongewerbe zu zahlen ist, wird die Lohnangabe für Betonarbeiter nicht erfüllt.

Nicht genehmigt ist der Vertrag für Hohenmölsen (W.). Seitens des Bauarbeiterverbandes ist der Zusatz in § 2, daß die Winterarbeitszeit allein nach dem Ermessen des Arbeitgebers festgesetzt wird, beanstandet. Vom Deutschen Arbeitgeberbund wird verlangt, daß im § 5 gesagt wird: „Affordarbeit ist zulässig für Bauhilfsarbeiter und Kalk- und Steinträger.“ Die einzelnen Verträge sind zu streichen.

Die nicht genehmigten Verträge werden im Geschäftsamt zurückbehalten und eventuell, nachdem das Haupttarifamt in seiner nächsten Sitzung anfangs Juli dieses Jahres eine Entscheidung zu der Forderung des Zentralverbandes der Zimmerer auf Ergänzung des § 4 getroffen hat, nachträglich genehmigt werden. — Wegen Erledigung der sonstigen Beanstandungen wird sich das Geschäftsamt mit den in Betracht kommenden Bezirksverbänden in Verbindung setzen.

Ungeklärt ist in diesem Schriftsatz die Bemerkung: „Diese Verträge sind vom Deutschen Bauarbeiterverband genehmigt worden.“ Wie wir erfahren, sind sie von Herrmann Silbermann, Reichstagsabgeordneter, Mitglied

der Generalkommission und seinem Freunde, dem Vorsitzenden des christlichen Bauarbeiterverbandes, Wiedeburg, genehmigt, sie haben damit die neuen Schwierigkeiten geschaffen. Im übrigen kann es nur unsere Billigung finden, daß der Vorstand des Arbeitgeberbundes mit seinen Abteilungen, die bisher im Geheimen spielten, an die Öffentlichkeit tritt. Mit einer Auseinandersetzung müssen wir jedoch warten, bis die faubere Sache des Haupttarifamtes passiert hat und die Zentralinstanzen unseres Zentralverbandes Stellung genommen haben.

Erfolgreicher Platzstreik in Frankfurt a. M.

In dem Zimmergeschäft von Georg Liesem legten am Dienstag, 19. Mai, sämtliche 18 dort beschäftigten Zimmerer die Arbeit nieder, weil der Geschäftsführer der Firma dem Vertreter der Zahlstelle, der dort auf Wunsch der Kameraden erschienen war, das Betreten des Zimmerplatzes verbot. Nach vierstündigem Kampfe eruchte der Geschäftsinhaber um Verhandlungen, die das Ergebnis hatten, daß in Zukunft den Vertretern der Organisation das Betreten des Zimmerplatzes gestattet ist. Am Samstag, 23. Mai, morgens vor Beginn der Arbeit, wurde vor versammelter Mannschaft dem Geschäftsführer vom Firmeninhaber das Resultat bekanntgegeben mit dem Hinweis, daß er sich in Zukunft ein anderes Benehmen der Organisation gegenüber anzueignen habe. Darauf wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Herr R. Lüscher meinte sich auch in diesem Falle, der mit dem Tarifverträge gar nichts zu tun hat, mit nachstehendem Schreiben vom 23. Mai dieses Jahres ein:

An den Zentralverband der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands, Zahlstelle Frankfurt a. M. Hier.

Die bei unserm Mitgliede Georg Liesem beschäftigten Zimmerleute haben, im Einverständnis mit Ihrer Organisation, am 19. dieses Monats die Arbeit niedergelegt. Hierdurch haben sich sowohl die dortige Organisation als auch die einzelnen Mitglieder eines Vertragsbruchs schuldig gemacht. Die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Baugewerbe verhandeln und schließen nur deshalb Verträge ab, damit Ruhe und Ordnung auf den Arbeitsplätzen herrscht.

Bei Differenzen oder Meinungsverschiedenheiten steht jedem Mitgliede der beiderseitigen Organisationen das Recht zu, durch Vermittlung seiner Organisation die Beseitigung der Differenzen durch Verhandlung von Organisation zu Organisation beziehungsweise Inanspruchnahme der vertraglich vorgeschriebenen Instanzen herbeizuführen.

Die Ergreifung von Maßnahmen vor Beendigung der Verhandlungen ist Vertragsbruch.

Zur Vermeidung von Unannehmlichkeiten in Zukunft, ersuchen wir zu veranlassen, daß seitens der Organisationsbeamten und Mitglieder keine vertragswidrigen Maßnahmen ergriffen und alle Differenzen und Meinungsverschiedenheiten auf dem vorgeschriebenen Wege beseitigt werden.

Hochachtungsvoll

Verband baugewerblicher Unternehmer, e. V. Frankfurt a. M. R. Lüscher.

Der Konflikt im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, den wir schon in der vorigen Nummer anzeigten, hat inzwischen eine wesentliche Verschärfung erfahren durch das Eingreifen des Vereins der Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe in Rheinland und Westfalen. Was den Sachverhalt anbelangt, so verweisen wir auf unsern Bericht in Nr. 22 des „Zimmerer“. Aus dem Bureau des genannten Vereins erhielt der Zentralvorstand unseres Verbandes am 28. Mai das nachstehend abgedruckte Schreiben:

Essen a. d. Ruhr, den 20. Mai 1914.

Am 17. April legten bei zwei Firmen des Ortsverbandes Essen die mit Innenputzarbeiten (Wand- und Spalierdeckenputz) beschäftigten Arbeiter die Arbeit nieder, weil seitens der Firmeninhaber die Anerkennung des vom Stuckgewerbeverband mit den Stukkateuren abgeschlossenen Vertrages für den Ruhrbezirk verweigert wurde.

In diesem Vertrage sind, entgegen dem bisherigen Brauch im Baugewerbe, die Putzer als besondere Kategorie mit höheren Löhnen als für Maurer aufgeführt.

Nach § 4 unseres Tarifvertrages sind die Arbeiter zur Ausführung der bisher ortsblichen Arbeiten verpflichtet. Da von Alters her die Innenputzarbeiten als ortsbliche Arbeiten des Maurergewerbes angesehen werden, so ist diese Forderung absolut unberechtigt.

Der Hinweis auf den eben genannten Separatvertrag ist deshalb völlig verfehlt, weil dieser Vertrag erst im Dezember 1913 nach Abschluß unseres Bantarifvertrages, und zwar ohne Anhören des Westdeutschen Arbeitgeberbundes getätigt worden ist. Selbst wenn dieser Vertrag früher abgeschlossen wäre als der unsere, so müßte doch betont werden, daß kein Gewerbe sich lediglich aus der Tatsache, daß es einen Vertrag mit den Arbeitern zeitlich früher abschließt, das Recht konstruieren darf, einer Gruppe die für sie bisher ortsblichen Arbeiten zu entziehen.

Die Angelegenheit ist nach fruchtloser Behandlung in der Schlichtungskommission dem Tarifamt in Essen unterbreitet worden.

Hätten wir schon nach unsern bisherigen Erfahrungen keine besonders hohe Meinung von den Entscheidungen des Tarif- und des Haupttarifamtes, so sehen wir uns durch die letzte Entscheidung des Tarifamtes in die Notwendigkeit versetzt, ernstlich zu erwägen, ob wir in der Zukunft überhaupt noch mit den Tarifinstanzen arbeiten wollen oder nicht.

Selbst gesetzt den Fall, es handelte sich bei dem Streitfall um Arbeiter, die nicht Maurer, sondern die, wie in Köln, spezielle Putzarbeiter sind, so liegt auf alle Fälle ein trasser Vertragsbruch deshalb vor, weil sowohl nach unserm Vertrage als nach dem Stukkateurervertrag die Arbeiter gehalten sind, vor der Arbeitsniederlegung die tariflichen Instanzen anzurufen. Das Essener Tarifamt hat dieser Frage eine Bedeutung überhaupt nicht beigemessen und sich mit ihr demzufolge nicht befaßt. Es kam zu der unhaltbaren Anschauung, daß das Tarifamt für das Baugewerbe in dieser Frage unzuständig sei, weil ein Separat-

vertrag, in dem für Putzer besondere Arbeitsbedingungen vorgesehen sind, vorläge.

Die Arbeitgeber wiesen auf den in Essen althergebrachten Handwerksbrauch hin, daß aus der Mitte der Maurer, die den Bau hochgemauert haben, sich sogenannte Affordkolonnen bilden, die den Innenputz in Afford ausführen. Es könne daher nicht von einer Spezialgruppe von Putzern die Rede sein. Diese Leute beschäftigten sich vielmehr nach den Putzarbeiten wieder mit Maurerarbeiten, bis sich ihnen eine neue Gelegenheit, sich einer Affordkolonne für Innenputz anzuschließen, böte.

Sie wiesen ferner darauf hin, daß Verträge, die andere baugewerbliche Arbeitgeber, auf die der Bund keinen Einfluß habe, abgeschlossen hätten, für das Tarifamt absolut nicht maßgebend seien, und zwar um so weniger, wenn diese andern Verträge später als der Bantarifvertrag getätigt worden sind. Der einzige Grund, aus dem sich das Tarifamt mit dem Stukkateurervertrag zu befassen berechtigt war, lag in der Tatsache, daß dieselben Arbeiterführer, die den Bantarifvertrag abgeschlossen haben, einen Separatvertrag tätigt, der eine Verletzung des Bantarifvertrages darstellt.

Die Arbeitgeberbeisitzer haben am Schluß der Verhandlungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie bei solcher Beurteilung der Dinge sich vorbehalten müssen, in eine Bewegung darüber einzutreten, ob sie in Zukunft mit dem Tarifamt zusammenarbeiten wollen.

Des weiteren haben sie auf die Möglichkeit hingewiesen, daß die Forderung der Arbeiter die Aufhebung des abgeschlossenen Tarifvertrages zur Folge haben könne. Der Verein der Arbeitgeberverbände in Rheinland und Westfalen hat sich mit dem Ortsverband Essen des Westdeutschen Arbeitgeberbundes in der Beurteilung der unberechtigten Forderungen für solidarisch erklärt. Er fordert die Zentralorganisationen der Arbeiter auf, bei dieser für die Arbeitgeber hochwichtigen Angelegenheit bis spätestens Ende dieses Monats Abhilfe zu schaffen.

Sollten bis zu dem angegebenen Termin seitens der Organisationen geeignete Maßnahmen nicht getroffen worden sein, so steht der Verein sich in die Zwangslage verkehrt, ihm geeignet erscheinende Maßnahmen der Selbsthilfe in Erwägung zu ziehen.

Hochachtungsvoll

Verein der Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe in Rheinland und Westfalen.

H. Walter, Geuser, Diehl.

Schutzverband

der bergisch baugewerblichen Betriebe, e. V., Barmen.

J. B.: Ulzhöver.

Bezirksarbeiterverband des Baugewerbes für den Regierungsbez. Minden u. d. Fürstentum Lippe, e. V., Bielefeld.

Feringhaus.

Arbeitgeberverband

für das Baugewerbe in der Rheinprovinz, e. V., Köln a. Rh.

Joh. Thiemann.

Arbeitgeberverband für das Baugewerbe im Stadt-

und Landkreis Düsseldorf.

J. A.: Jung.

Westdeutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, e. V.,

Essen.

J. B.: Süßmuth.

Arbeitgeberverband für das Baugewerbe

und die verwandten Berufe im Saargebiet in Saarbrücken.

Langemannh.

Das Schreiben bestätigt den bereits bekannten Sachverhalt und bringt ferner zum Ausdruck, daß das vertragsbrüchige Verhalten des Westdeutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe von den unterzeichneten Verbänden in vollem Umfange gebilligt wird. Nach alledem von den Zentralorganisationen der Arbeiter zu verlangen, sie sollten in der Angelegenheit Abhilfe schaffen, ist eine sehr starke Zumutung. Viel näher hätte es gelegen, den vertragsbrüchigen Westdeutschen Arbeitgeberbund zur strengen Befolgung der tarifvertraglichen Bestimmungen anzuhalten. Statt dessen droht der genannte Verein den Arbeiterorganisationen mit „Maßnahmen der Selbsthilfe“. Diese Drohung vermag natürlich nicht, die baugewerbliche Arbeiterschaft zu schrecken. Daß die unterzeichneten Arbeitgeberverbände seit langem tarifvertragsmüde sind, ist offenes Geheimnis. Vorläufig können wir die Maßnahmen der tarifvertragsmüden Arbeitgeberverbände abwarten.

Berichte aus den Zahlstellen.

Mugsburg. Am 20. Mai fand im „Wittelsbacher Hof“ eine allgemeine Zimmererverammlung statt. Trotz Einladungen durch Handzettel war sie nur von 79 Kameraden besucht. Kamerad Gede aus Hamburg referierte über: „Die beruflich-wirtschaftliche Lage der Zimmerer Deutschlands und wie ist sie zu verbessern?“ Einleitend wies Redner auf die wirtschaftliche Krise hin, die bereits seit Jahresfrist in Deutschland bestehe und die wohl als eine der schärfsten zu bezeichnen sei. Kurz die Ursachen der Krise streifen, wozu letztere die kapitalistische Produktionsweise erzeugt und besonders im Baugewerbe schwer empfunden werde, zeigte Redner weiter, wie auch das Zimmergewerbe unter der Krise leide. Das Reich sowie die Einzelstaaten hätten nichts für die Arbeitslosen getan. Die Arbeitgeber im Baugewerbe hätten ihr möglichstes beigetragen zur Ablehnung der Arbeitslosenversicherung. Was einzelne Gemeinden getan hätten, sei als ungenügend zu bezeichnen. Nur allein die Gewerkschaften seien ernsthaft daran gegangen, die Not der Arbeitslosen zu lindern durch Schaffung von Unterstützungseinrichtungen. A. reichem Zahlenmaterial wies Redner nach, was die Gewerkschaften, besonders aber unser Zentralverband, für Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt haben. Ferner streifte er noch die Lohnbewegungen sowie die Tarifabschlüsse während der Krise. Weiter wies der Referent noch auf das bedrohte Koalitionsrecht hin, desgleichen auf das von den Unternehmern geforderte Verbot des Streikpostens. In kurzen Worten gab er dann noch Aufklärung über den Anschluß des Arbeitgeberbundes an den Reichsbund, und den Terrorismus desselben. Alle diese Vorgänge stellten an jeden einzelnen Kameraden die

Aufgabe, unablässig zu agitieren, damit wir noch größere Macht als bisher erlangen könnten und 1916 gerüstet dastehen. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine vortrefflichen Ausführungen. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats. In seinem Schlusswort sprach Kamerad Götze noch kurz über die früheren lokalen Verträge und den jetzigen Reichstarifvertrag sowie über die Entscheidungen des Haupttarifamts über Affordarbeit. In Punkt „Verschiedenes“ machte der Kassierer der Zimmererkassiererkasse bekannt, daß ab Sonnabend, 23. Mai, abends 7 Uhr, alle 14 Tage im „Wittelsbacher Hof“ die Einzahlung der Krankenbeiträge erfolgen könne; desgleichen finde die Auszahlung des Krankengeldes alle acht Tage, Sonnabends abends 7 Uhr, im selben Lokale statt. Nachdem noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Breslau. In den letzten Wochen brachten fast alle hiesigen Tageszeitungen Artikel, die sich mit der Bautätigkeit am Orte beschäftigten und worin zum Ausdruck kam, daß die Bautätigkeit in Breslau im allgemeinen eine gute sei. Die Folge ist die, daß auswärtige Kameraden in den Glauben versetzt wurden, in Breslau sei viel Arbeit, und nun nach Möglichkeit versuchen, hier solche zu erhalten. Hauptächlich sind es auf dem Lande oder in den Kleinstädten Schlesiens wohnende Kameraden, die der Großstadt zufließen. Welche Ursachen diesem Zustrom nach der Großstadt zugrunde liegen, soll hier nicht untersucht werden, sollte es aber der höhere Lohn sein, der Gedanke, ein höheres Einkommen zu erwerben, dann dürften diese Kameraden bei der gegenwärtigen Zeit ganz gewiß nicht auf ihre Rechnung kommen. Dies kann wohl zutreffen, wenn eine gute Baugesit vorhanden ist und das Arbeitsverhältnis fest bleibt, ein Wechsel selten eintritt und zwischen der Entlassung und der Wiederannahme von Arbeit nur einige Tage liegen. Augenblicklich aber liegen die Verhältnisse so, daß die Kameraden ihre Arbeitsstelle sehr oft wegen Arbeitsmangels wechseln müssen und dann wochenlang auf der Straße herumirren, ehe sie anderweitige Beschäftigung finden. Gibt es doch hier eine große Anzahl Unternehmer, die Arbeitskräfte nur für einige Tage einstellen. Das ist in den Kleinstädten und auf dem Lande weniger der Fall. Da ist die Arbeit und damit der Verdienst andauernder, und bei der Berechnung des Jahreseinkommens dürfte gegenwärtig in den meisten Fällen der in der Kleinstadt beschäftigte Zimmerer dem der Großstadt gegenüber entschieden günstiger abgehen. Auf keinen Fall trifft aber zu, daß in Breslau eine gute Baukonjunktur ist. In Breslau und Umgegend werden gegenwärtig 70 Gebäude zu Wohnzwecken neu errichtet, wovon weit über die Hälfte schon unter Dach und fertig eingeschritten und verschalt sind. Dies ist aber auch alles, was an Privatbauten ausgeführt wird. Die Kasernenbauten in Carlowitz sind bis auf einige kleinere Arbeiten ebenfalls fertiggestellt und bei den Oberregulierungsarbeiten, die teils von der Regierung selbst, teils von der Stadt durch Privatunternehmer ausgeführt werden, sind 56 Kameraden beschäftigt, einschließlich der beiden Brüden über die alte Oder. Dies ist die ganze Arbeit für 800 bis 850 Kameraden, die für Breslau in Frage kommen. Die Arbeitslosigkeit ist darum auch unter den hiesigen Kameraden sehr groß. Um ihren Umfang einigermaßen feststellen zu lassen, wurde von der Zahlstelle eine Arbeitslosenzählung vorgenommen, die am 2. Mai dieses Jahres stattfand und sich nur auf die im Stadtgebiet Breslau wohnenden Mitglieder erstreckte. Hier ist das Resultat. Befragt wurden 578 Mitglieder, davon waren arbeitslos:

2 Mitglieder ... 52 Wochen	1 Mitglied ... 9 Wochen
1 Mitglied ... 51 "	2 Mitglieder ... 8 "
1 " ... 47 "	2 " ... 7 "
2 Mitglieder ... 36 "	7 " ... 6 "
3 " ... 26 "	8 " ... 5 "
1 Mitglied ... 20 "	2 " ... 4 "
2 Mitglieder ... 19 "	4 " ... 3 "
1 Mitglied ... 18 "	6 " ... 2 "
5 Mitglieder ... 16 "	11 " ... 1 Woche
1 Mitglied ... 15 "	4 " ... 8 Tage
1 " ... 14 "	1 Mitglied ... 3 "
4 Mitglieder ... 12 "	1 " ... 2 "

Zusammen also waren 68 Mitglieder 730 Wochen und 2 Tage arbeitslos; 39 davon waren verheiratet und 29 ledig. Jeder dieser arbeitslosen Kameraden war somit zehn Wochen und einen Tag im Durchschnitt arbeitslos. Rechnet man nun noch hinzu alle die Arbeitslosen, die nicht gezählt wurden, zum Beispiel die Mitglieder, welche außerhalb des Stadtgebietes in der nächsten Umgegend von Breslau wohnen, ferner die, welche infolge der Arbeitslosigkeit wegen Schulden gestrichen werden mußten, desgleichen auch die Arbeitslosen, der 40 bis 50 Mann starken „Freien Vereinigung“, von denen ebenfalls 15 bis 20 Mann arbeitslos sein dürften, dann sind 130 bis 150 arbeitslose Zimmerer am Orte gewiß nicht zu hoch gegriffen. Das ungeheure Elend, das hinter diesen Zahlen verborgen liegt, kann nur der Verfasser und nachfühlen, der selbst einmal lange Zeit arbeitslos gewesen ist und es am eigenen Leibe erfahren hat, was Arbeitslosigkeit bedeutet. Bei dieser Elendsstatistik aber noch zu behaupten, Breslau habe gegenwärtig eine gute Baugesit, ist demnach, gelinde ausgedrückt, doch gewiß ein starkes Stück. Fast sieht es so aus, als wenn die Zeitungsberichte über eine gute Bautätigkeit in Breslau nur Wache wären, von den Bauunternehmern und Polierern eingeleitet, um den Zugang von Arbeitslosen nach Breslau zu fördern, um so eine größere Auswahl zu haben. Wenn man sieht, wie bei den Unternehmern und Polierern das Bestreben vorhanden ist, die Arbeitskräfte bis aufs äußerste anzuspinnen und auszunützen, wozu sie sich gerade die gegenwärtige Arbeitslosigkeit zunutze machen, dann muß man ohne weiteres auf solche Gedanken kommen. Hinzu tritt noch, daß die in der Poliervereinigung organisierten Poliere versuchen, das Duzverbot nun auch im Zimmerberuf durchzuführen. Beide Teile, die Unternehmer wie auch die Poliere, glauben dadurch Vorteile herauszuschlagen. Die Unternehmer meinen, die Poliere gewinnen dadurch über die Gesellen einen größeren Einfluß, und die Poliere wiederum hoffen, sich dadurch bei den Unternehmern, persönlicher Vorteile halber, in gute Erinnerung bringen zu können. Anstatt sich nun, was durchaus berechtigt wäre, durch ihre Organisation direkt an

die Adresse der Unternehmer zu wenden, versucht man es auf Umwegen, und zwar auf Kosten der Zimmerer. Um diese Absichten durchzuführen, braucht man willfährige Menschen und diese glaubt man durch Zugang von auswärtig, also durch ein Ueberangebot von Arbeitskräften, zu erhalten, und darum das Gefasel von einer guten Bautätigkeit. Daß sich die Breslauer Zimmerer gegen ein solches Vorgehen der Poliere zur Wehr setzen werden und müssen, versteht sich am Rande, und daß sie dies tun werden, davon haben die Vorkommnisse der letzten Jahre Zeugnis abgelegt. Sie werden sich gegen die Uebergriffe dieser Herren bei gegebener Zeit zu schützen wissen. Notwendig ist es aber, daß von den hiesigen Kameraden das ganze Material, was ihnen durch das Vorgehen der Poliere in die Hände kommt, gesammelt wird und daß vor allen Dingen auch die auswärtigen Kameraden hierbei mithelfen. Dies kann am besten dadurch geschehen, daß der Zugang von Zimmerern nach Breslau bis auf weiteres aufhört.

Erntmittwoch. Am 20. Mai fand hier eine allgemeine Mitgliederversammlung statt. Trotz Bekanntgabe durch Laufzettel war nur ein Drittel der hier beschäftigten Mitglieder anwesend. Als Referent war Kamerad Welzer aus Dresden erschienen, der in einem fesselnden Vortrag das Thema: „Die beruflich-wirtschaftliche Lage der Zimmerer und wie ist sie zu verbessern?“ behandelte. Redner entledigte sich in anderthalbstündigen interessanten Ausführungen seines Auftrages. Unter den Eingängen wurde die vom Gewerkschaftsrat ausgehende Bitte um eine Spende für das neubauende Jugendheim durch Bewilligung von M 70 aus der Lokalkasse erfüllt. Einem schwerkranken Kameraden, der längere Zeit auf dem Arbeitsfeld der Zimmerer mit tätig gewesen ist, wurde eine Unterstützung aus Mitteln der Lokalkasse bewilligt.

Danzig, Veitert Regenbof. Eine ziemlich gut besuchte Mitgliederversammlung tagte am 24. Mai in unserm Vereinslokal. Kamerad Cornelsen referierte über: „Die beruflich-wirtschaftliche Lage der Zimmerer und wie ist sie zu verbessern?“ In anderthalbstündigem Vortrag behandelte Redner den schweren Daseinskampf der Zimmerer, die Gefahr des Koalitionsrechtbrauchs sowie die neuesten Schikane: die Politisch-Erklärung der Gewerkschaften. Mehr als je sei es Pflicht eines jeden Kameraden, sich am Organisationsleben zu beteiligen; nur eine starke, gut fundierte Organisation würde den Sieg davontragen. Im zweiten Punkt wurden noch Organisationsrichtlinien diskutiert. Eine erregte Debatte entspann sich über die Zustellung des „Zimmerer“. Kamerad Cornelsen versicherte, daß soviel wie möglich Abhilfe geschaffen werden solle, doch sei es auch Pflicht der Kameraden, für ein gutes Vereinsleben einzutreten; mit Kritikern und Nörgelern allein sei nichts geschehen, sondern jeder müsse bessern helfen.

Halle a. d. S. In der Mitgliederversammlung, die am 9. Mai im „Volkspart“ stattfand, gab der Kassierer die Abrechnung vom ersten Quartal. Die Einnahme betrug einschließlich des Lokalkassenbestandes vom vierten Quartal 1913 M 6286,23, die Ausgabe M 4386,32; es verblieb somit ein Bestand von M 1899,41. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Kasse, auf ihren Antrag wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des ersten Quartals 306. Unter „Verbandsangelegenheiten“ machte der Vorsitzende bekannt, daß für das Gewerkschaftshaus eine Genossenschaft gebildet werden solle. Hierzu habe jede Gewerkschaft mit 500 Mitgliedern eine Person als Gesellschafter zu wählen. Gewerkschaften, die über die betreffende Mitgliederzahl nicht verfügen, sollen eine Person zusammen wählen. Nach längerer Diskussion hierüber wurde auf Antrag gegen eine Stimme beschlossen, einen Anteil von M 500 ohne Hilfe einer andern Organisation zu übernehmen. Kamerad Weinhardt wurde als Gesellschafter gewählt. Weiter wurde mitgeteilt, daß 14 Kameraden wegen der Maifeier ausgesperrt seien. Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, zehn Kameraden mit einem Tagesverdienst zu unterstützen. Ueber die andern vier Kameraden soll der Vorstand erst nähere Untersuchung einleiten. Nachdem noch mehrere kleinere Sachen ihre Erledigung gefunden hatten, erfolgte Schluß der Versammlung.

Hamburg und Umgegend. Eine Zahlstellenversammlung am 28. Mai im Gewerkschaftshaus hatte vier Punkte auf ihrer Tagesordnung. Eingangs gedachte sie der verstorbenen Mitglieder E. Geisler vom Bezirk 9 und W. Meher vom Bezirk 25. Im ersten Punkt, „Geschäftliches“, erinnerte der Vorstand nochmals an die statistische Erhebung vom 14. Juni. Die Karten würden jetzt den Kassierern zugestellt, um die Adressen zu vergleichen. Die Obleute wurden aufgefordert, sich rechtzeitig Kameraden in genügender Zahl zu sichern, damit die Aufnahme gewissenhaft ausgeführt werde. Die Wilhelmsburger Bezirke begeben am 12. Juli ihr fünfundsanzwanzigjähriges Stiftungsfest; hierzu sind auch die Mitglieder der andern Bezirke eingeladen. Ferner wurde bekannt gegeben, daß am 19. Juli unser Sommerbergnügen im „Volkswohlf“ Harburg stattfindet und um rege Beteiligung daran erucht. Im zweiten Punkt gab der Kassierer die Abrechnung vom ersten Quartal bekannt; sie war allen Mitgliedern gedruckt zugestellt. Nach einigen Erläuterungen erklärten die Revisoren, alles in bester Ordnung vorgefunden zu haben, worauf der Kassierer entlastet wurde. Dann wurde angefragt, ob es wahr sei, daß an einem Betonbau in der Wendensstraße die Zimmerer die Einschalarbeit in Afford übernommen hätten, und zwar mit Erlaubnis des Vorstandes. Vom Vorstand wurde hierzu erklärt, daß er niemals eine solche Einwilligung gegeben habe. Als der Vorstand davon erfahren, wäre der Vertrag bereits vereinbart gewesen. Kamerad Jörs wandte sich heftig gegen diesen Disziplinbruch, da die Affordarbeit nicht im Interesse der Zimmerer und der Organisation liege. Andere Redner waren der Meinung, daß die Tarifakt der Bauarbeiter bezüglich der Betonarbeit uns die Affordarbeit aufzwinge. Es wurde beschlossen, in einer späteren Versammlung zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Auf Antrag wurde dann beschlossen, eine Angelegenheit, die die Handlungsweise einiger Mitglieder von der Arbeitsstelle Haase-Park betrifft, zu besprechen. Kamerad Schulte führte hierzu aus, daß ein Teil Kameraden sich den von allen auf dieser Baustelle Beschäftigten gefassten Beschlüssen nicht unterordnet, sondern in grober Weise gegen die Solidarität verstoßen habe.

Am 1. Mai sowie auch des Sonntags hätten sie gearbeitet; selbst als alle Branchen die Arbeit eingestellt hätten, um gemahregelte Kameraden wieder in Arbeit zu bringen, seien von ihnen die Beschlüsse durchbrochen und gearbeitet worden. Diese Kameraden verdienten, an den Pranger gestellt zu werden. Schüler wandte sich gegen die Ausführungen von Schulze und stellte die Dinge wesentlich anders dar. Die verschiedenen Branchen hätten bereits abgestimmt, die Arbeit wieder aufzunehmen. Außerdem habe er entsprechend dem Statut und dem Zahlstellenregulativ gehandelt, denn jede Arbeitseinstellung sei vorher dem Vorstand zu melden. Schnoor verteidigt sich im selben Sinne wie der Vorredner. Edler befürwortet einen von Altona gestellten Antrag, die Namen der Kameraden, welche die Solidarität verletzten, zu veröffentlichen. Weitere Diskussionsredner berurteilten das Verhalten der Kameraden auf das schärfste. Wegen vorgerückter Zeit wurde diese Angelegenheit vertagt und erfolgte Schluß der Versammlung. Von 120 Funktionären waren 85 anwesend. Entschuldigt fehlten 11, unentschuldigt 24. Entschuldigt fehlten: Stern, Siebe, Rees, Otermann, Klantzenburg, Willens, Went, Deising, Willers, Baumann und Kehler. Unentschuldigt fehlten: Schulz, Matthes, Bagel, Wolf, Sack, Reese, Kinderbater, Michel, Huber, Böttcher, Runge, Samer, Götze, Hirsch, Möller, Semmelhad, Block, Weiland, Michaels, Edelbüttel, Danke, Peters, Sievers und Krahnmann.

Latowitz. Hier fand am 17. Mai eine Mitgliederversammlung statt, die ziemlich gut besucht war. Kamerad Goldschmidt aus Breslau sprach über „Die soziale Lage der Zimmerer und wie ist sie zu verbessern“. Seine Ausführungen wurden mit großer Aufmerksamkeit angehört. Anschließend wurden noch Verbandsangelegenheiten erledigt.

Liegnitz. Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, an der 25 Kameraden teilnahmen, fand am 20. Mai im Gewerkschaftshaus statt. Kamerad Ullke gab den Kartellbericht bekannt. Daraus war zu entnehmen, daß eine Aussprache mit dem Magistrat stattgefunden habe über die Errichtung eines städtischen paritätischen Arbeitsnachweises. Die Wötcher sowie die Brauereiarbeiter der Brau Kommune hätten den Tarif gekündigt. Der Rassenbericht vom ersten Quartal ergebe in der Einnahme M 2906,45, in der Ausgabe M 1653,55. Der Rassenbestand betrage somit M 1252,90. Genosse Gröbner habe einen Vortrag über die Notwendigkeit der Organisierung der Landarbeiter gehalten. Beschlossen wurde, den Rest von M 500 für den seit langem in Aussicht genommenen Ankauf eines modernen Lichtbildapparates aus der Kartellkasse bereitzustellen. Am 20. Juni findet im Gewerkschaftshaus ein Gartenfest statt. Der Uebereschuß ist für die Ferienwanderungen bestimmt. Im Punkt „Innere Verbandsangelegenheiten“ machte sich die Neuwahl eines Delegierten zur Bauarbeiterschuldkommission notwendig. Gewählt wurde Kamerad Menzel. In „Verschiedenes“ wurde die Frage aufgeworfen, in welcher Weise der Versammlungsbuch zu haben sei. Kamerad Schmidt-Breslau, der anwesend war, gab seine in andern Zahlstellen gesammelten Erfahrungen zum besten und machte eine Reihe von Vorschlägen für unsere Zahlstelle. Nach einer längeren Debatte war man der Ansicht, diese Angelegenheit dem Vorstand zu überweisen, was angenommen wurde. Alsdann verlas der Vorsitzende ein Schreiben, aus welchem ersichtlich war, daß vom Arbeitgeberbund eine Sitzung einberufen sei bezüglich unseres Tarifs. Hierauf fand die Versammlung ihr Ende.

Oberniedrich. Am 17. Mai fand beim Kameraden Ernst Gröbner, im Lokale „Zum Fobgericht“, unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, zu der sich 36 Mitglieder eingefunden hatten. Der Vorsitzende hieß die wenigen Erschienenen willkommen und erteilte hierauf dem Referenten, Kameraden Aug. Bringmann aus Hamburg, das Wort zu seinem Vortrage über: „Die beruflich-wirtschaftliche Lage der Zimmerer und wie ist sie zu verbessern?“ Für seine lehrreichen und interessanten Ausführungen erntete Redner reichen Beifall. Es wäre gut gewesen, wenn alle Mitglieder an dieser Versammlung teilgenommen hätten, sie hätten dann alle ein Bild davon bekommen, wie sehr verbesserungsbedürftig die Lage der Zimmerer noch ist und wie groß die Widerstände sind, die überwunden werden müssen. Den zweiten Punkt der Tagesordnung, „Der Stand der Zimmererorganisation im Zahlstellenbezirk“, besprach der Vorsitzende. Er legte dar, welcher Mühen es bedurft habe, um die Zahlstelle, die sich im Jahre 1906 mit 14 Mitgliedern gegründet habe, auf ihre jetzige Höhe zu bringen. Sie zähle jetzt 109 Mitglieder und ihre Arbeit habe reiche Frucht getragen. Dennoch mühten wir unablässig weiterarbeiten an ihrem weiteren Erstarken. Unter „Zahlstellenangelegenheiten“ wurde die Quartalsabrechnung verlesen und anerkannt. Den Zahlstellen von Wilthen und Neufirk wurde eine Entschädigung von M 2 bewilligt, der Arbeiter-Samariterkolonne M 5. Für Sportvereine usw. soll in Zukunft nichts mehr bewilligt werden. Die Entschädigung der Vorstandsmitglieder bleibt so wie bisher. Nach einem kräftigen Schlusswort des Referenten fand die Versammlung ihr Ende.

Trebnitz. Am 17. Mai tagte in Hofners Konzerhaus unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Kamerad Goldschmidt-Breslau sprach über das für die Agitationsversammlungen vorgeschriebene Thema. Hoffentlich haben seine mit alseitigem Beifall aufgenommenen Ausführungen ihren Zweck erfüllt und unsere Mitglieder zur energischen agitatorischen Tätigkeit angeregt. Trotz der von der Versammlung eingeführten Versammlungsmarke war die Versammlung wieder recht mäßig besucht, was der Redner scharf tadelte. Wie lange würde es dauern und wir ständen wieder vor einer Lohnbewegung. Bis dahin hätten wir noch recht viel Arbeit zu verrichten und jeden uns noch fernstehenden Kameraden für unsere Sache heranzuholen. Nach Erledigung von örtlichen Sachen erfolgte Schluß der Versammlung mit dem Mahnruf des Referenten, künftig für besseren Versammlungsbuch zu sorgen.

Wedel. Am 20. Mai tagte eine außerordentliche Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: „Die beruflich-wirtschaftliche Lage der Zimmerer und deren Verbesserung“. Als Referent war an Stelle des Kameraden A. Holtz der Kamerad Sötje aus Hamburg erschienen. In verständlicher Weise legte der Referent die heutige Lebenslage der Zimmerer dar. Er schilderte weiter die Gefahren unseres

Verufes und ihre Wirkungen auf die Sterblichkeit, den Einfluß der Zollpolitik auf die Lebenshaltung, wobei er zahlenmäßig die Belastung der Arbeiterfamilien nachwies. Uebergehend zu der Krise, besprach er deren Ursache und Wirkung und die völlige Passivität des Staates und der Kommunen in der Frage der Arbeitslosenversicherung. Demgegenüber hob er die Selbsthilfe durch die Gewerkschaften hervor, hierbei betonend, daß sich unser Verband auf diesem Gebiete ausgezeichnet habe, wie er auch hinsichtlich der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Hervorragendes geleistet hat. Um dem wachsenden Widerstand der Unternehmerorganisation begegnen zu können, müßten wir unaufhaltsam unsere Reihen stärken. Unsere Parole müsse lauten: Vorwärts zu neuen Kämpfen, zu neuen Erfolgen. Unter „Verschiedenes“ wurden noch einige interne Angelegenheiten erledigt. Leider ließ auch diese, wie so manche andere Versammlung, an Besuch zu wünschen übrig. Kameraden, schüttelt diese Laune ab, legt allen Zwiespalt beiseite und arbeite ein jeder mit an dem großen Ziele, das sich unsere Organisation gesteckt hat.

Zehdenitz. Hier fand am 16. Mai bei Buchholz unsere Monatsversammlung statt, die sehr schwach besucht war. Den geschäftlichen Angelegenheiten folgte der Kartellbericht, in dem besonders Klage über mangelhafte Beteiligung an der Maifeier geführt wurde. Das wurde zurückgeführt auf eine gewisse Antipathie gegen den Inhaber des Lokals, in dem die Feier stattfand. Das Defizit der Maifeier von M 67 soll von den Gewerkschaften gemeinsam gedeckt werden. Den Gewerkschaftsmitgliedern wurde sodann noch die Beteiligung am Arbeiterturnverein empfohlen. Die Kartellsitzungen finden Donnerstags nach dem 15. des Monats statt. Die Versammlung beschloß noch, unser Sommervergnügen am 13. Juni bei Witwe Buchholz abzuhalten. Gewünscht wurde, daß sich alle Zimmerer daran beteiligen. Jedes Mitglied hat M 1 hierfür zu zahlen, Gäste 75 S. Unter „Verschiedenes“ wurde noch an die Mainmarke erinnert; wer sie noch nicht habe, möge sie kaufen.

Zwickau. Am 20. Mai fand gleich nach Arbeitschluss eine Mitgliederversammlung statt, in der Kamerad Bringmann über das Thema: „Die beruflich-wirtschaftliche Lage der Zimmerer Deutschlands und wie ist sie zu verbessern?“ referierte. Der Besuch war ein sehr schwacher. Von circa 300 Mitgliedern waren trotz öfterer Bekanntgabe und Ausweisung von Flugblättern und trotz des wichtigen und interessanten Themas nur 65 Kameraden erschienen. Die Ausführungen des Referenten wurden mit Interesse und lebhaftem Beifall entgegengenommen. Die Wahl eines zweiten Vorsitzenden wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Kamerad Weigelt machte die Anwesenden auf den am 21. Juni stattfindenden Ausflug ins Gebirge aufmerksam und ersuchte um starke Beteiligung.

Sterbetafel.

Glogau. Am 24. Mai starb nach langer Krankheit unser Mitglied Bruno Schufalsti in der Irrenanstalt zu Lüben im Alter von 82 Jahren.

München. (Bezirk Weichs b. Dachau.) Hier starb infolge eines Unglücksfalles unser Kamerad Jakob Seyfried.

Necklinghausen. Am 14. Mai starb das Mitglied W. H. Duvendeck im Alter von 80 Jahren an Lungenentzündung.

Baugewerbliches.

Risiko der Bauarbeiter. Einen schweren Betriebsunfall erlitt am 26. Mai auf dem Neubau Säger in Dresden, Bernhardtstraße, der Zimmerer S. Berger aus Wunschwitz. Beim Einlegen eines Wechfels verlor er das Gleichgewicht und stürzte kopfüber aus der zweiten Etage in die Tiefe. Schwer verletzt an Kopf und Schulter wurde er mittels Krankenwagen in das Krankenhaus gebracht. — Auf dem Neubau Schwimann in der Jährhoffstraße in Straßund stürzte der 43 Jahre alte Maurerpolier Megow aus dem dritten Stock in die Tiefe. Obgleich er auf einen Lehmbauern fiel, zog er sich doch schwere innere Verletzungen zu, so daß seine sofortige Ueberführung mittels Krankenwagens in das städtische Krankenhaus angeordnet werden mußte. — An einem Neubau in Rattow i. G. Ecke Holtei- und Schenkendorffstraße, wurde ein Kalkträger durch einstürzende Sichelsteine getroffen. Er trug einen Beinbruch davon. — Am 23. Mai verunglückte auf einem Abbruch in Hamburg, am Klingberg, der Arbeiter Soniat. Er fiel beim Transport der Balken von einer Ringmauer ab. Der Verunglückte erlitt leichte Verletzungen und wurde in seine Wohnung geschafft. — Am selben Tage fiel in Neumühlen ein Schornstein, der abgerissen werden sollte, misamt dem Gerüst um. Zur Zeit des Unfalles herrschte in Hamburg und Umgegend ein Sturm, der recht viel Unheil anrichtete. Bei diesem Einsturz verunglückten fünf Arbeiter, drei davon verstarben gleich nach Einlieferung ins Krankenhaus; während der vierte, ein Maurer, schwere Kopfverletzung erlitt, kam der fünfte, ein Arbeiter Czekalski, mit einer Fußverletzung davon. Das Gerüst wies schwere Konstruktionsfehler auf, die gerade bei stürmischem Wetter von Bedeutung sind. So waren die Schornsteine anstatt aus fünfzölligen Aufrichtern aus Gerüstbrettern hergestellt, die mit Schrauben befestigt waren. Die alten Kardunen waren von dem Schornstein teilweise gelöst und an dem Gerüst angebracht worden. Sie waren am Fuße aber auch nicht genügend befestigt. Diese Fehler haben mit bewirkt, daß das Gerüst mit dem Schornstein so rasch umschlagen konnte, so daß es den Leuten nicht möglich war, sich zu bergen. Schon bei dem Aufbau des Schornsteins stürzte das Gerüst ein; auch hierbei verunglückten damals mehrere Arbeiter. Die Baupolizeibehörde von Altona hätte daher alle Ursache gehabt, die Firma C. Töpfer anzuhaltend, daß sie das Gerüst stabil herstellte. Wie die Firma ihre Aufgabe aufnahm, ergab sich schon daraus, daß bei dem Bau des Gerüsts nicht ein Zimmerer beschäftigt wurde. — Auf einem Neubau in Weichensee ereignete sich ein folgenschwerer Unfall. Ein Bauarbeiter, der auf dem Gerüst in der Höhe des zweiten Stockwerkes zu tun hatte, beugte sich während der

Arbeit etwas zu weit über die Brüstung hinweg, verlor plötzlich das Gleichgewicht und stürzte in die Tiefe. In besinnungslosem Zustande wurde der Verunglückte, der schwere Verletzungen erlitten hatte, vom Plaz getragen und nach dem Krankenhaus gebracht. — Bei einem Gerüsteinsturz in Leipzig, Hofstraße, verunglückten ein Schlosser und ein Arbeiter. Beide sind kurz nach ihrer Einlieferung ins Krankenhaus an den Folgen der Verletzungen gestorben.

Der Bauarbeiterschutz in Remscheid. Wie wenig Interesse die Bauunternehmer an dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter haben und wie wenig sie sich nach den bestehenden Unfallverhütungsvorschriften richten, zeigt eine Statistik, welche dieser Tage von der Bauarbeiterschutzkommission aufgenommen wurde. Da bekanntlich in Remscheid die Neubauten im Winter und die Flickarbeit im Sommer gemacht werden, konnten verhältnismäßig wenig Hochbauten angetroffen werden, aber an den wenigen Bauten eine ganze Anzahl Missetände. Standgerüste kennt man in Remscheid nicht. Obwohl die Unternehmer das Ueberdiehandmauern als eine sehr gefährvolle Arbeitsweise ansehen und trotzdem es die Bauarbeiter als eine ihrer wichtigsten Forderungen im Arbeiterschutz schon vor jeher ansahen, lehnen es die Unternehmer ab, Standgerüste zu errichten. Daß in der Frage des Ueberdiehandmauerns geradezu wilde Verhältnisse eingerissen sind, daran ist zum größten Teil die Behörde schuld. Kontrolliert wurden 46 Bauten, aber nur an 23 war genügendes Gerüstmaterial vorhanden. Diese Zahl wäre bedeutend höher, wenn nicht eine ganze Anzahl von Bauten im Kellergeschloß lägen. Unfallverhütungsvorschriften fehlten an 8 Bauten. An 22 Bauten war die Abdeckung der Balkenlage ungenügend. Sodelbretter oder Schutzbretter an den Gerüsten kennt man in Remscheid nicht, von Schutzdächern erst gar nicht zu reden. Wenn nun schon die Maurer und Hilfsarbeiter unter diesen Verhältnissen schwer zu leiden haben, so müssen die Dachbeder, Zimmerleute und Anstreicher die fertigsten Akrobaten sein, um ihre Arbeiten auszuführen. Schutzgerüste bei den Dachbedern kennt man überhaupt nicht und wo sie schon einmal angebracht werden, sind es die reinsten Menschenfallen. Die Schutzgürtel liegen beim Meister, fein eingefettet damit sie nicht verrosten. Ebenso liegen die Verhältnisse bei den Anstreichern und Zimmerern. Mit dem sanitären Schutz sieht es nicht viel besser aus. Verbandkästen wurden nur 3 angetroffen, welche gut waren. Bei 20 Bauten waren überhaupt keine vorhanden und die übrigen waren nicht in Ordnung. Baubuden, welche einigermaßen in stand sind, wurden 3 gefunden. Bei 12 Bauten waren überhaupt keine vorhanden. An 12 Bauten waren überhaupt keine vorhanden. An 11 fehlten die Fenster. Die übrigen Fenster waren größtenteils nicht zu öffnen. Bei 14 Buden waren die Seitenwände nicht dicht. In 16 Buden wurde das Material gelagert. Bei einigen war nicht einmal die Bedachung dicht und 1 gab es noch ohne Fußboden. Gereinigt werden nur wenige. In den Buden bleibt der Dreck solange liegen, bis man nicht mehr darüberwegtreten kann, oder aber sie wird abgebrochen und nach dem nächsten Bau gefahren. Noch trauriger sieht es mit den Aborten aus. Pissoiranlagen waren nirgends vorhanden. An 12 Bauten fehlten die Aborte, bei 8 konnte man von der Straße oder dem Nachbargelände hineinsehen und 21 hatten eine sehr schlechte Bedachung. Kurz gesagt, die Aborte sind in miserablen Zustände. Es wird ein Loch in die Erde gegraben, ein paar Bretter drum herumgestellt, eine Latte quer geschlagen als Sitz und das Ding ist fertig. Von Tonnen, dichten Gruben oder Desinfektion kennt man hier überhaupt nichts. Noch viel schlimmer sieht es im Tief- und Straßenbau aus. Hier müssen die Leute unter den schlechtesten Verhältnissen arbeiten. Baubuden gibt es nicht oder nur für das Gerate. Kein Wunder, wenn man bedenkt, daß diese Leute den Weg zur Organisation noch nicht gefunden haben. Denn die wenigen Verbesserungen im Hochbaugewerbe sind nur den starken gewerkschaftlichen Organisationen zu verdanken. Darum, ihr Arbeiter vom Bau, hinein in die freigewerkschaftlichen Organisationen.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

Töblicher Betriebsunfall eines Handwerkers beim Besteigen eines Straßenbahnwagens und Höhe des Schadens an die Hinterbliebenen! Der Schneider Sch. in Braunschweig ist am 5. September 1913 bei dem Versuch, einen in die Weiche einfahrenden Straßenbahnwagenzug der Linie Braunschweig-Wolfenbüttel zu besteigen, zu Fall gekommen und am gleichen Tage an den Folgen dieser Verletzungen gestorben. Die Witwe Sch. klagte beim Landgericht in Braunschweig für sich und die Hinterbliebenen auf Schadenersatz, da die Direktion der Straßenbahn jedwede Entschädigung ablehnte. Die Hinterbliebenen behaupteten, daß der in Frage kommende Straßenbahnfahrer den Wagenzug nicht habe ordnungsgemäß halten lassen, so daß der Verstorbene den noch im Gange befindlichen ersten Wagen besteigen mußte. Trotzdem dieses Sch. gelungen war, wurde er vom Schaffner auf den nächstfolgenden Wagen verwiesen, der nicht so besetzt gewesen wäre. Dieser Anordnung sei Sch. gefolgt, dabei aber hingefallen und unter den nachfolgenden Anhängen geraten und überfahren.

Der Schaffner W. bestritt diese Behauptungen; aber die Zeugenaussagen bestätigten im allgemeinen vorstehenden Sachverhalt und Tatbestand. Das Landgericht verurteilte deshalb am 1. April 1914 die Direktion der Straßenbahn zu einem Drittel des Schadens, wogegen zwei Drittel des Anspruchs abgewiesen wurden. In der Urteilsbegründung wird unter anderem darüber folgendes erklärt: „... Es bedarf der Vernehmung der Zeugen J. und Sohn nicht mehr zur Begründung der Ueberzeugung des Gerichts, daß der Schaffner W. den Sch. während des Auffpringens in einem allerdings durch das Wagengeräusch bedingten, sehr lauten und barsch klingenden Tone aufgefordert hat, er solle machen, daß er in den Weigen komme, auf dem Hauptwagen wäre kein Platz mehr für ihn. Darin liegt eine große Unvorsichtigkeit des Schaff-

ners, die geeignet war, den auffpringenden Fahrgast in die höchste Lebensgefahr zu bringen, indem sie ihn veranlaßte, den Wagenzug während des Durchfahrens der Weiche wieder zu verlassen und dabei zu Fall kommen und körperlich verletzt zu werden. ... Es war durch nichts gerechtfertigt, den Sch. noch während der Fahrt vom Trittbrett hinunterzuweisen und so erst eine neue Gefährdung herbeizuführen. Sch. hätte sehr wohl, wenn er einmal auf dem Trittbrett stand, die 10 oder 20 m bis zum Haltepunkt auf dem Trittbrett mitfahren können und es wäre Pflicht des Schaffners W. gewesen, sofort das Haltesignal zu geben, was er nicht getan hat, und den Sch. auf dem Trittbrett eventuell festzuhalten. ... Da Sch., wie erwiesen, vorschriftsmäßig mit dem Gesicht in der Fahrtrichtung abgesprungen ist, also in dieser Beziehung ihn nicht ein weiteres fahrlässiges Verschulden trifft, liegt in der Handlungsweise des Angestellten W. der Beklagten ein die Betriebsgefahr derart erhöhendes mitwirkendes Verschulden nach §§ 254 Absatz 1, 831 des Bürgerlichen Gesetzbuches, daß sich unter Abwägung dieser Umstände gegeneinander eine Verteilung des durch den Unfall verursachten Schadens zu einem Drittel auf die Beklagte und zu zwei Dritteln auf die Kläger rechtfertigt. ...“

Es erhalten mithin die Hinterbliebenen nur ein Drittel des Verdienstes, welcher im letzten Jahre insgesamt M 1600 betragen haben soll, worüber noch genauere Ermittlungen angestellt worden sind. Die Hinterbliebenen haben deshalb nur ein Drittel zugesprochen bekommen, weil der Verstorbene den Wagenzug noch im fahrenden Zustande bestiegen hatte, welches das Gericht als leichtsinnig und fahrlässig angenommen hat. Andererseits ist erwiesen worden, daß der Wagenzugführer W. den Verstorbenen zum Absteigen vom fahrenden Zuge zwang, so daß nur hierdurch allein das Unglück sich ereignet hatte. Aus vorstehendem Vorgange ergibt sich erneut, in welcher Weise leichtfertig oft gehandelt wird. Die Hinterbliebenen haben sich in diesem Falle mit dem Urteil des Landgerichts zufriedengegeben, da infolge der widersprechenden Zeugenaussagen ein weiterer Erfolg nicht zu erwarten war. Es möge daher auch dieser Vorfall den Lesern ein warnendes Beispiel sein und bei Benutzung eines Bahnzuges die erforderliche Vorsicht beachtet werden, da die zugesprochene Schadenersatzsumme niemals den Ersatz des Ernährers bringen kann.

R. V.

Aus den Unternehmerorganisationen.
Mitgliederzahl des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe Ende März 1914.

Ramen der Verbände	Baugewerbe mit gemischten Betrieben	Reine Maurerbetriebe	Reine Steinmetzbetriebe	Reine Zimmerbetriebe	Reine Betonbaubetriebe	Reine Tiefbaubetriebe	Dachbeder, Klempner, Schlosser, Tischler u. v.	Baumateriallieferanten	Sonstige	Summe
--------------------	-------------------------------------	----------------------	-------------------------	----------------------	------------------------	-----------------------	--	------------------------	----------	-------

A. Bezirksverbände										
Ostpreußen	148	35	—	19	6	—	26	5	23	262
Westpreußen	140	29	—	26	7	—	2	7	—	211
Polen	275	21	—	11	6	—	4	1	3	321
Schlesien	456	146	3	50	9	—	10	—	—	674
Pommern	106	128	1	80	1	1	1	1	2	321
Neuorpommern	16	17	—	14	—	—	—	—	—	47
Mecklenburg	140	126	—	104	—	—	3	2	—	375
Hamburg	89	301	21	147	24	—	528	48	255	1413
Schleswig-Holstein	118	257	1	188	—	5	6	5	11	591
Nordwestdeutschland	74	679	7	235	17	—	87	20	26	1145
Unterweser-Emsgeb.	199	384	2	214	18	14	821	186	174	2012
Brandenburg	121	78	—	57	—	—	—	—	—	256
Königreich Sachsen	810	265	—	109	29	6	—	276	20	1515
Osternland	17	93	—	33	1	—	—	—	—	144
Thüringen	29	272	2	111	8	4	88	10	5	529
Provinz Sachsen	114	239	1	138	1	—	12	10	20	535
Braunschweig	25	155	4	55	1	—	58	31	54	383
Mitteldeutschland	161	287	1	100	26	1	3	—	14	593
Rheinprovinz	177	176	8	96	10	10	41	104	27	649
Düsseldorf	18	88	—	6	8	—	—	—	3	73
Westdeutschland	814	94	4	144	11	—	41	108	44	1260
Minden-Lippe	11	86	—	24	1	—	5	15	3	145
Rheinischer Bezirk	35	112	—	34	2	—	148	—	1	332
Saargebiet	12	84	—	24	5	4	69	12	12	222
Pfalz	35	115	4	8	1	—	8	1	3	175
Nordbayern	331	90	26	123	9	11	103	28	161	882
Südbayern	117	211	1	102	—	6	—	—	432	869
Württemberg	185	46	—	71	17	29	—	6	6	360
Baden	—	195	4	64	12	7	106	2	—	390
Elfaß-Lothringen	185	3	5	25	14	7	55	37	82	413
Zusammen	4958	4762	95	2412	244	105	2225	915	1381	17097

Beton-Arbeitgeberverb. f. Deutschland	—	—	—	—	280	—	—	—	—	280
Zusammen	4958	4762	95	2412	524	105	2225	915	1381	17377

B. Dem Bunde unmittelbar angeschlossene Ortsverbände										
Lübeck	9	19	—	14	—	—	—	—	—	42
Freienwalde a. d. D.	3	—	—	—	—	—	—	—	—	3
Regin a. d. S.	3	1	—	—	—	—	—	—	—	4
Liebenwerda	14	—	—	—	—	—	—	—	—	14
Magdeburg	12	29	—	12	5	—	—	—	—	58
Potsdam	—	—	—	7	—	—	—	—	—	7
Schwarz	—	4	—	—	—	—	—	—	—	4
Speandau	16	—	—	—	—	—	—	—	—	16
Trier	15	5	3	6	—	—	7	14	6	56
Zusammen	72	58	3	39	5	—	7	14	6	202

Zusammenstellung										
Bezirksverbände	4958	4762	95	2412	524	105	2225	915	1381	17377
Ortsverbände	72	58	3	39	5	—	7	14	6	204
Ende März 1914	5030	4820	98	2451	529	105	2232	929	1387	17581
Ende März 1911	6114	6899	195	3467	199	116	3080	1029	2150	23249

Entwicklung des Bundes seit der Gründung.

Table with 4 columns: Jahr, Mitgliederzahl, Jahr, Mitgliederzahl. Rows from 1899 to 1906.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 9. Heft vom 2. Band des 32. Jahrgangs erschienen. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 ¢. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 12. Nummer des 31. Jahrgangs erschienen und behandelt in Bild und Text die wichtigsten Vorgänge des politischen Lebens. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 ¢. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. H. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen ist uns soeben Nr. 18 des 24. Jahrgangs zugegangen. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 ¢. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 ¢; unter Kreuzband 85 ¢. Jahresabonnement M. 2,60.

Ein schmuckes, neues Gewand trägt der soeben erschienene erste Band der zweiten Serie der beliebten „Vorwärts-Bibliothek“, und auch in der Auswahl des Werkes war der Verlag gut beraten. Die Heiterkeit, die lustige Erzählung von Otto Ludwig, hat schon vielen Tausenden Freude bereitet und überall, wo sie hinkommt, wird sie immer wieder gern gesehen. Und so werden auch die zahlreichen Leser der „Vorwärts-Bibliothek“ — die Jungen wie die Alten — die „Heiterkeit“ herzlich willkommen heißen, werden sich an ihr erfreuen und werden durch eifrige Propaganda dafür sorgen, daß recht viele des Genusses teilhaftig werden.

Der neueste Band der „Vorwärts-Bibliothek“, ist gleich den zehn früher erschienenen Bänden in allen Parteibuchhandlungen vorrätig. Er kostet trotz des großen Umfangs und der guten Ausstattung nur M. 1.

Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71 wird in dem Werk „Die Welt in Waffen“ besonders ausführlich behandelt. Alle Schlachten dieses blutigen Ringens werden in Wort und Bild plastisch dargestellt, so daß sich der Leser ein anschauliches Bild von dem Kriege machen kann. Nach all den vielen byzantinisch gefärbten Schilderungen dieses Krieges werden es die Arbeiter begrüßen, endlich einmal ein Werk zu erhalten, das die wirklichen Ursachen beleuchtet und den einzelnen Taten der Heerführer und Mannschaften bis in das Letzte nachspürt.

In gleicher Weise wird nicht nur der Krieg von 1870/71 behandelt, sondern alle Kriege des 19. und 20. Jahrhunderts werden eingehend in ihren Ursachen, ihrem Verlauf und ihren Wirkungen geschildert. Auch die Balkankriege der letzten Jahre werden ausführlich berücksichtigt.

Das Werk erscheint in 60 Heften à 20 ¢. Jedes Heft ist reich illustriert. Bestellungen nehmen alle Zeitungsredaktionen, Buchhandlungen und Kolporteurs entgegen. Probenummern und Spediteure sendet der Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW 68, gern kostenlos.

Der treue Kamerad, ein Wegweiser durch das Kasernenleben für Arbeiterkinder, betitelt sich eine Schrift, die zum Preise von 70 ¢ soeben im Verlag von W. Pfannsch & Co. in Magdeburg erschienen ist. Die Reichstagsverhandlungen über den Militäretat haben wieder einmal gezeigt, welche grundfalschen Ansichten über die Stellung der Sozialdemokratie zur Vaterlandsverteidigung in bürgerlichen und militärischen Kreisen noch verbreitet sind. Der Genosse Liebknecht konnte mit Recht darauf hinweisen, daß die Partei keine antimilitärische Propaganda unter den Dienstpflichtigen betreibt, daß sie die Jugend nicht mit Abscheu und Ekel vor jedem Dienst mit der Waffe erfüllen will. Auch „Der treue Kamerad“ beabsichtigt nicht, den ausgehobenen jungen Arbeitern den Militärdienst von vornherein verhasst zu machen. Er sieht vielmehr seine Aufgabe darin, die „Rekruten“ in das Getriebe des militärischen Dienstes einzuführen. Zudem er Illusionen zerstört und ruhig und klar auseinandersetzt, worauf es in der Kaserne ankommt, will er den jungen Arbeitern eine gewisse Sicherheit geben, die sie befähigt, die erste schwere Zeit leichter zu überstehen. Besonders nimmt „Der treue Kamerad“ natürlich die Mißhandlungen durch Vorgesetzte und ältere Kameraden aufs Korn und zeigt, wie sich die jungen Soldaten dagegen schützen können. Aus den 35 Abschnitten des auch in Druck, Papier und Einband vorzüglich ausgestatteten Büchleins führen wir zur Andeutung des Inhalts an: Nach der Musterung; In der Kaserne; Die Einkleidung; Die ersten Übungen; die Instruktionstunde; Auf dem Schießstand; In der Kompanie; Felddienst; Menschenqualerei; Manöverleben; Der alte Mann; Das System; Kriegsartikel und Militärstrafgesetzbuch; Wahre Kameradschaft, usw. „Der treue Kamerad“ ist in jeder Parteibuchhandlung zu haben und kann allen zum Militär ausgehobenen Arbeitern zur Anschaffung empfohlen werden.

Briefkasten der Redaktion.

* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt der General-Kommission“ für die Lokalvorstände resp. Vertrauensmänner bei Mejeritz, R. B. Die Mitteilung für den „Versammlungsanzeiger“ kam einen Tag zu spät.

Versammlungsanzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden so kurz wie möglich gefasste Versammlungsanzeigen unentgeltlich aufgenommen.)

Montag, den 8. Juni:

Flensburg: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Schloßstr. 44/46. — Perleberg: Abends 8 Uhr bei Schulz, Reeper Straße 45.

Dienstag, den 9. Juni:

Salzbrunn: Abends 8½ Uhr bei Max Bollmann, Bafenstr. 63. — Lüban: Eine halbe Stunde nach Feierabend bei Th. Heinrich, Schulgasse. — Potsdam: Abends 8 Uhr bei Max Hausmann, Kaiser-Wilhelm-Straße 88. — Senftenberg: Abends 7½ Uhr bei Schöner in Jütendorf.

Mittwoch, den 10. Juni:

Görlitz: In der Zimmererherberge „Stadt Hamburg“, Ober-Steinweg. — Mühlheim a. d. Ruhr: Abends 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus „Unser Feind“. — Penzig: Eine halbe Stunde nach Feierabend bei Karl Schmidt. — Schwerin: Abends 8 Uhr im „Thalia“-Restaurant, Graf-Schack-Straße. — Verdau: In der „Feuertugel“.

Donnerstag, den 11. Juni:

Neumünster: Abends 8 Uhr bei Blohm, Plöner Straße 7.

Freitag, den 12. Juni:

Coburg: Nach Feierabend im Lokale „Neue Welt“, Leopoldstraße. — Jena: Nach Feierabend im Gewerkschaftshaus.

Sonntag, den 13. Juni:

Bochum: Abends 8 Uhr bei Heinrich Krenzel, Moltkemarkt. — Dortmund, Bezirk Hörde: Abends 8 Uhr bei W. Brücher, Lennighofer Straße; Bezirk Mengede: Abends 8 Uhr bei F. Drevermann, Friedhofstraße; Bezirk Schwerte: Abends 8½ Uhr in der „Reichstrone“, Hörder Straße 6. — Elmshorn: Abends 8½ Uhr in der Herberge, Mühlenstraße 15. — Gelsenkirchen: Abends 8½ Uhr bei Eckermann, Ottilienstraße. — Hagenow: Eine halbe Stunde nach Feierabend. — Lübenau: In der „Salamander“, Hochstr. 12. — Mühlhausen i. Th.: Abends 8 Uhr im „Burgfeller“. — Mühlheim a. Rhein, Bezirk Wiesdorf: Abends 8½ Uhr im Lokale „Lorine“, Ecke Prinzbohlsstraße. — Roda: Nach Feierabend im Gasthof „Zum Reizgrund“. — Tangermünde: Abends 8½ Uhr im „Kaiserhof“, Lange Straße 47. — Uetersen: Abends 8½ Uhr bei Friedrich Keller. — Wankendorf: Abends 8 Uhr bei Ernst Timm in Bornhöved. — Wanne: Abends 8½ Uhr bei Homburg, Schulstraße 24.

Sonntag, den 14. Juni:

Cöln, Bezirk Kalk: Vorm. 11 Uhr bei Rieck, Victoriastraße 70. — Dortmund, Bezirk Lünen: Vorm. 10 Uhr bei H. Struck, Lange Straße. — Düsseldorf: Vorm. 10 Uhr im „Raufhaus“, Berger Straße 8. — Cichede: Nachm. 3½ Uhr bei Johns, Stubben-Nadeland. — Elvershausen: Nachm. 3 Uhr bei Aug. Keune. — Ettlingen: Vorm. 9 Uhr. — Goldberg i. M.: Nachm. 4 Uhr in der Herberge. — Gütersloh: Vorm. 10 Uhr bei H. Rammelkamp, „Stadt Gütersloh“, Berliner Straße. — Hildesheim: Nachm. 3 Uhr im Verkehrslokal von H. Mische, Brühl 37. — Landskron i. Bayern: In Gasthof „Zum Rainer“. — Lindau: Vorm. 10 Uhr im Gasthaus „Zur Linde“. — Metz: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Magellenstr. 10. — Mühlberg a. d. S.: Nachm. 2½ Uhr im „Preussischen Hof“. — Neudamm: Nachm. 3½ Uhr im „Kaiserhof“. — Neuhaldensleben: Nachm. 3 Uhr bei W. Herzog (Mafche). — Nordlingen: Nachm. 2 Uhr im „Waldfisch“. — Odesloe: Nachm. 4 Uhr in „Stadt Lübeck“. — Rheine i. Westf.: Bei Hermes, Sedanstr. 3. — Saarbrücken: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus „Tivoli“, Gerberstr. 24.

Anzeigen.

(Den Anzeigen wird der Kostenpreis in Klammern beigebrucht. Das Geld ist ohne weitere Aufforderung an den Zentralvorstand einzuliefern. Die Beträge sind nicht durch Postanweisung, sondern durch das Postamt Hamburg 11 zu überweisen unter folgender Adresse: „Zur Gutschrift auf das Konto Nr. 3330 des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands, Hamburg, bei dem Postamt in Hamburg 11.“ Postkarten sind bei jeder Postanstalt unentgeltlich zu beziehen.)

Nachruf.

Am 27. April erkrankt infolge eines Unglücksfalles am Rheinbrückenbau bei Müdesheim unser Kamerad Josef Benz aus Weibersbrunn b. Aschaffenburg. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm [M. 3,60] Die Kameraden der Zahlstelle Wiesbaden.

Nachruf.

Am 24. Mai starb nach langer Krankheit unser Kamerad Adolf Tiede im Alter von 20 Jahren. [M. 3,60] Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kameraden der Zahlstelle Celle.

Zahlstelle Braunschweig.

Zureisende sowie arbeitslose Kameraden müssen sich erst beim ersten Vorsitzenden Christian Pinnow, Karl-Schmidt-Straße 10, melden, bevor sie umschauen. [70 ¢]

Josef Alstetter, Zimmerer aus Kriegshaber bei Angsburg, sende Deine Adresse an Deinen Vater betreffs Familienangelegenheiten. [90 ¢]

Zimmergesellen

stellt ein bei einem Stundenlohn von 47 ¢, über Land 50 ¢ und im Badeort 52 ¢. [M. 2,70]

Michaelsen, Zimmermeister, Bergen a. Rügen.

Mehrere tüchtige Zimmerleute

sucht [M. 2,40]

R. Rickmeier, Baugeschäft, Werbohl i. Westfalen.

4 Zimmerleute

mit Geschirr zu sofort gesucht.

E. Brusck, Zimmermeister, Neuhaus a. d. C. [M. 2,40]

Verkehrslokale, Herbergen usw.

(Jahresinstitute unter dieser Rubrik bis zu drei Zeilen kosten M. 8 jede weitere Zeile M. 2 mehr. Freieigentliche werden nicht verabsolgt. Zusätze, für die nicht der Betrag eingekauft ist, bleiben fort.)

- Berlin. Arbeitsnachweis und Bureau der Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen für Berlin und Umg., SO, Engelauer 15, 3. Et., Zimmer 50. Fernsprecher Amt Moritzplatz, Nr. 2789. Differenzen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie Unfälle sind hier zu melden.
Chemnitz. Bureau und Arbeitsnachweis befinden sich im Volkshaus „Kolliseum“, Zwickauer Straße 152, 1. Et., Zimmer 15. Herberge daf. Verkehrslokale: Volkshaus und „Plauenische Bierhalle“, Sankt. 41. Zureisende Kollegen sind verpflichtet, ehe sie umschauen, sich im Bureau zu melden. Geöffnet 11-1 Uhr und nachmitt. 5-7½ Uhr.
Cöln a. Rh. Verammlungslokal und Herberge: Volkshaus, Severinstraße 197/199. Telefon B 8850. Meetings, ganz gleich welcher Art, sind im Zahlstellenbureau, Perlengraben 98, 1. Et., zu erstatten; geöffnet abends von 7 bis 9, Sonntags vorm. von 10 bis 12 Uhr. Zureisende haben sich zwecks Vermittlung von Arbeitsgelegenheit, bevor sie umschauen, ebenfalls dort zu melden. Reiseunterstützung wird ebenfalls dort ausbezahlt.
Cughaven. Verkehrslokal bei Witwe Behnte, Gesellschaftshaus „Zur Sonne“, Norddierstraße 18.
Dortmund. Verbandsbureau, Arbeitsnachweis und Herberge im Gewerkschaftshaus, Leffingstraße 32. Zureisende und arbeitslose Mitglieder sind verpflichtet, sich im Bureau zu melden. Umschau verboten.
Hamburg. Bureau des Zentralverbandes der Zimmerer Hamburgs und Umgegend: Wesenbinderhof 57/58, 2. Et. Telefon: Gruppe 6, 4428. Geöffnet vorm. von 11 bis 1 Uhr, nachm. von 5 bis 7 Uhr. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen der Zimmerer Hamburgs und Umgegend, sind hier zu melden. Zureisende Kameraden haben die Pflicht, bevor sie nach Arbeit umschauen, sich im vorstehend bekanntgegebenen Bureau zu melden. Weiterverzeichnisse werden dort unentgeltlich verabfolgt.
Hamburg-Altona. Bez. 15. Verkehrslokal und Herberge bei Robegast, Sobmühlensfr. 36. Jeden zweiten Mittwoch im Monat Zusammenkunft und jeden zweiten und vierten Sonntagabend im Monat Zahlabend.
Hamburg-Alstätt. Verkehrslokal bei Ch. Erhorn, Mohlenhoffstr. 29/30. Am ersten Sonntag jedes Monats, abends 8½ Uhr, Zusammenkunft. Jeden Sonntag vorm. von 11 bis 12 Uhr werden Beiträge entgegen genommen.
Hamburg-Altenfelde. Verkehrslokal bei Fern. Beer, Wandsbeker Chaussee 128. Telefon: Gr. 4, 8601. Jeden zweiten Montag im Monat Zusammenkunft.
Hamburg-Hammerbrook. Ernst Gering, Göttenstr. 58, Verkehrslokal. Am ersten Sonntag eines jeden Monats, morgens 9½ Uhr, Zusammenkunft. Beitragsentgegennahme für die Zentralfrankenkasse am ersten Sonntag im Monat, vormittags von 10 bis 12 Uhr.
Hamburg-Beddel. Bezirk 5. Verkehrslokal bei Adolf Winter, Beddeler Markt 4. Telefon: Gr. 8, 5485. Zusammenkünfte gemeinschaftlich mit Bezirk 6 jeden zweiten Dienstag im Monat, abwechselnd auch bei Brüger, Mothenburgsfr.
Hamburg-Rothensbüttel. Bezirk 6. Verkehrslokal bei G. Brüger, Stresowstr. 79. Telefon: Gr. 8, 2167. Sonntags mittags Entgegennahme von Beiträgen.
Hamburg-Simsbüttel. Ernst Lemde, Verkehrslokal, Bellealliancestr. 46. Jeden Sonntagabend Zahlabend. Jeden letzten Sonntagabend im Monat Zahlabend der Zentralfrankenkasse. Telefon: Gr. 6, 2782.
Hamburg-Warmbeck. D. Niemeier, Dehnhaide 129. Vermittlung von Zimmererwerkzeug.
Hamburg-Ottensen. Bezirk 17. Verkehrslokal bei G. Seidorn, Bahnenfelder Straße 124. Zusammenkunft jeden zweiten Mittwoch im Monat, abends 8½ Uhr.
Hamburg-Winterhude. Verkehrslokal bei Heinz. Schulz, Markt 16. Telefon: Gr. 6, 1792. Zusammenkunft jeden zweiten Montag im Monat.
Hamburg-Wilhelmsburg. Bezirk 25 und 26. Verkehrslokal und Herberge bei H. Meyer, Vogelshüttenbeck 23. Telefon: Gr. 4, 3476. Jeden ersten Sonntag im Monat, nachmittags 4 Uhr, Zusammenkunft.
Kiel. Bureau der Zahlstelle Kiel und Umgegend: Gewerkschaftshaus, Jährstr. 24, 2. Et. Telefon 2241. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Zimmerer Kiels sind hier zu melden. Zureisende Kameraden sind verpflichtet, bevor sie nach Arbeit umschauen, sich im Bureau zu melden. Versammlung jeden zweiten Mittwoch im Monat.
Königsberg i. Pr. Bureau der Zahlstelle: Vorder Roggarden 61/62, 3. Et. Telefon 1830. Sprechstunden von 9 bis 11 Uhr und von 5 bis 7 Uhr. Alle Differenzen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind hier zu melden. Zureisende Kameraden sind verpflichtet, bevor sie nach Arbeit umschauen, sich im Bureau zu melden. Versammlung jeden Dienstag nach dem 15. im Monat.
München. Bureau der Zahlstelle und Arbeitsnachweis: Pestalozzistr. 40/44, Gewerkschaftshaus, 3. Stock. Telefon 61030. Sprechstunden vorm. von 10 bis 12 Uhr und abends von 5 bis 7½ Uhr. Arbeitslosmeldung vorm. von 10 bis 12 Uhr. Auszahlung der Reiseunterstützung: von 5 bis 7 Uhr. Sonntags geschlossen. Zentralherberge: Am Glockenbach 10.
Wilhelmshaven n. Hng. Bureau: Nüstringen, Nüstringer Straße 28. Geöffnet: Wochentags abends von 7 bis 8 Uhr. Versammlung jeden dritten Dienstag im Monat bei Sodewasser. — Bezirk Barel: Versammlung am ersten Donnerstag im Monat bei Meyer.